

STADTRATS- WAHLPROGRAMM HILDESHEIM

WIR MACHEN DAS KLAR.

GRÜNE

WWW.GRUENE-HILDESHEIM.DE



KOMMUNALWAHL 2011

Inhalt

Wir machen das klar..... 3
 Abfall..... 4
 Arbeit und Wirtschaftsförderung..... 5
 Bildung..... 6
 BürgerInnenbeteiligung..... 6
 Drogen..... 7
 Elternschule 8
 Energie und Klimaschutz..... 8
 Fahrrad 10
 Faire Kommune..... 10
 Familie..... 11
 Finanzen und Haushalt 12
 Flugplatz 13
 Frauen..... 14
 Gender-Mainstreaming 16
 Gesundes Lebensumfeld 16
 Gewerbegebiet Nord..... 17
 Programmbeitrag der Grünen Jugend 18
 Hafenausbau 19
 Hochschulstandort..... 19
 Innenstadt 20
 Innerste..... 21
 Innovative Wohnprojekte 22
 Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat 23
 Kandidatinnen und Kandidaten für die Ortsräte 24
 Kultur 25
 Landschaftsschutz..... 25
 Lärm und Luftverschmutzung 26
 Menschen im Alter 27
 Menschen mit Behinderung 28
 MigrantInnen und Flüchtlinge..... 29
 Nordumgehung 31
 Öffentlicher Personennahverkehr 31
 Orts- und Stadtteile..... 32
 Ortsräte 33
 Privatisierung – Re-Kommunalisierung..... 34
 Rechtsextremismus..... 34
 Schule 35
 Soziales 36
 Sport 37
 Stadtentwicklung..... 37
 Überwachung 37
 Umwelt- und Naturschutz 38
 VerbraucherInnenberatung 38
 Verkehr..... 38
 Wohnen..... 39
 Zuckerhut 40

Wir machen das klar

GRÜN geht's gut derzeit. Das freut uns. Ohne "aber" im Nachsatz. 30 Jahre ist es her, dass GRÜN erstmals in den Stadtrat kam. 2011 wollen wir stärker denn je wieder in den Stadtrat einziehen. Hildesheim braucht grünere Jahre.

Ob 1981 oder 2011: Es ging und geht darum, wie wir in Hildesheim leben wollen, wohin Hildesheim sich entwickelt. Es ist schließlich unsere Stadt!

Ein paar (wenige) Themen aus den vergangenen fünf Jahren:

Die Grüne Fraktion im Stadtrat hat einen Maßnahmenkatalog zur Umsetzung der Energieeinsparung für öffentliche Gebäude eingefordert, die Bürgerbeteiligung bei Haushalt und Baumfällungen gestärkt, die Mediation im Fahrenheitgebiet vorgeschlagen, die Spielleitplanung initiiert. Gemeinsam mit anderen Fraktionen wurde die Einrichtung der Integrierten Gesamtschule befürwortet.

Global denken, lokal handeln, ist immer schon unser Leitsatz gewesen. Nur ein Motto zu verkünden, wäre aber nicht genug. Richtige Lösungen erfordern, die passende Lösung vor Ort zu finden. Das ist unser Ansatz - auch weiterhin.

Am 11. September 2011 wird bestimmt, wohin die Reise geht. Wir haben intensiv beraten, um unsere Zielvorstellungen für die kommenden fünf Jahre zu formulieren. Das Ergebnis dieser Bemühungen haben Sie in der Hand: Das GRÜNE-Kommunalwahlprogramm 2011.

Wir bauen auf Ihre Unterstützung!

Damit Sie nicht nur wissen, was zur Wahl steht, sondern auch, wer zur Wahl antritt, können Sie in unserem Programm natürlich auch nachlesen, welche Kandidatinnen und Kandidaten zu den Kommunalwahlen in Hildesheim antreten.

Abfall

Eine zentrale Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge ist die Abfallentsorgung durch den Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim (ZAH). Wir GRÜNEN setzen uns für die Beibehaltung der Überlassungspflicht der Abfälle privater Haushalte an den ZAH ein. Dies ist Grundvoraussetzung für eine gemeinwohlorientierte Abfallwirtschaft.

Wir treten dafür ein, dass die Abfuhr, Behandlung und Deponierung des Hausmülls in der Verantwortung des Landkreises bleibt. Eine Privatisierung finanziell lukrativer Teile der Abfallentsorgung auf der einen und der Verbleib teurer Restmüllentsorgung in den Händen der öffentlichen Hand auf der anderen Seite ist für uns kein Zukunftsmodell. Ein gewerbliches „Rosinenpicken“ schadet den GebührenzahlerInnen. Die Entsorgungsgebühren würden durch fehlende Einnahmen steigen, da die Erlöse aus der Vermarktung von Wertstoffen im Gebührenhaushalt fehlen.

Erfreulicherweise wurden die Abfallmengen in den letzten Jahren trotz des Trends zu immer neuen Wegwerfprodukten geringer. Mittels recycling- und reparaturfreundlicher Produkte und Verpackungen kann diesem Trend weiter begegnet und zum sparsamen Einsatz wertvoller Rohstoffe beigetragen werden. Wir erkennen an, dass es dem ZAH trotz der sinkenden Abfallmengen in den letzten Jahren gelungen ist, die Abfallgebühren stabil zu halten.

Wir treten auch weiterhin für mehr Gebührengerechtigkeit bei der Abfallentsorgung ein. Der Aufwand der Abholung und das jeweilige Müllaufkommen müssen verursacherInnengerecht bewertet werden. Angesichts abnehmender Müllmengen sollen die zu zahlenden rechnerischen Mindestabfallmengen regelmäßig überprüft, neu berechnet und zeitnah angepasst werden. Müllvermeidung und -trennung muss sich lohnen.

Wir setzen uns im Rahmen der ökologischen und menschlichen Verträglichkeit für die konsequente lokale Verwertung von Bio-Abfällen, vorrangig aus biogenen Abfällen und landwirtschaftlichen Nebenprodukten in Biogas- und Biokohle-Anlagen, ein. Diese leisten einen wichtigen Beitrag für einen wirksamen Klima- und Ressourcenschutz.

Ungebremster, weltweiter Konsum von z.B. Elektroartikeln ist eine enorme Belastung der Rohstoffvorkommen auf unserer Erde. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erkennen auch die Verantwortung der kommunalen Abfallwirtschaft in diesem Zusammenhang an. In vielen Abfallprodukten – siehe Elektroschrott – befinden sich wieder verwertbare Rohstoffe. Wir setzen deshalb auf eine konsequente Kreislaufwirtschaft

Arbeit und Wirtschaftsförderung

Kooperation statt Kirchturmpolitik

Zwar ist der Handlungsspielraum der Kommunen in Sachen Reduzierung der Arbeitslosigkeit begrenzt, aber einiges kann auch vor Ort bewirkt werden.

Außer einer effektiven Arbeitsmarktpolitik vor Ort befürworten wir die Aktivierung einer neuen, eher regional und ökologisch ausgerichteten Wirtschaftsförderung mit folgender Zielsetzung:

- sozialversicherungspflichtige, existenzsichernde Dauerarbeitsplätze
- klein- und mittelständische Unternehmensstruktur
- berufliche Gleichstellung von Frauen
- umwelt- und sozialverträgliche Produktion und Produktinnovation
- regionale Produkt- und Finanzkreisläufe.

Wir setzen auf eine eigenständige Regionalentwicklung. Allein durch das Ausweisen von Gewerbegebieten und der Selbstbeschränkung bei der Gewerbesteuer ist nichts getan. Wir wollen eine Stärkung des regionalen Wirtschaftsstandortes durch Kooperation statt „Kirchturmpolitik“.

Schon 1997 haben wir GRÜNEN ein Konzept zum Aufbau einer Regionalen Entwicklungsgesellschaft eingefordert. Das Ziel war die Zusammenfassung sämtlicher Aufgaben der Wirtschaftsförderung und aktiven Arbeitsmarktpolitik aus Stadt und Landkreis. Diese Politik führte im Ergebnis zur Gründung einer regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft (HI-REG). Als Aufgabenbereiche wurden definiert: eine intensive Unternehmensbetreuung, Hilfen zur Existenzgründung, ein klares Standortmarketing und die Förderung innovativer Produkte und Produktkreisläufe. Damit verbunden sollten sein der Aufbau regionaler Netzwerke und Datenbanken, eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit und einiges mehr.

Darüber hinaus stehen wir für:

- Sicherung einer dezentralen Einzelhandelsstruktur. Keine neue Ausweisung von „Shopping-Centern“ im Innenstadtbereich oder auf der „grünen Wiese“
- eine verstärkte Förderung von regenerativen Energiequellen und einer städtischen Direktvermarktung von landwirtschaftlichen Produkten aus der Region. Dies hilft speziell dem Mittelstand in Handwerk oder Landwirtschaft
- neue Instrumente öffentlich geförderter Beschäftigung. Die aktuellen Maßnahmen des Jobcenters und der Agentur für Arbeit sind unzureichend. Wir fordern die Einrichtung einer kommunalen Beschäftigungsgesellschaft für Arbeitslose
- eine Offensive für Teilzeitarbeit in der Stadtverwaltung und in den Betrieben mit städtischem Mehrheitsbesitz. Während bei den Menschen, die in Arbeit sind, Arbeitsverdichtung, Überlastung und Überstunden zunehmen, steigt die Zahl derjenigen, die langfristig ohne Beschäftigung sind. Hier sind intelligente und kreative Teilzeitregelungen gefragt

- die Fortsetzung ökologischer Elemente in der Wirtschaftsförderung, etwa über die Programme „Ökoprotit“ (Kostensenkung durch Ressourcenschonung) und/oder „Öko-Audit“ (Verordnung zur Bescheinigung des umweltverträglichen Produzierens im Betrieb). Damit verbunden sind entsprechende Unternehmensvorteile bei Kostenreduzierung und Vermarktung
- die Vergabe von öffentlichen Aufträgen bevorzugt an regionale Unternehmen mit regulären Beschäftigungsverhältnissen
- die Unterstützung regionaler Initiativen zum Tauschring oder „Regio-Geld“
- eine Ausweisung und Erschließung von neuen Gewerbeflächen und Infrastrukturmaßnahmen (wie z.B. Hafen) auf der Basis bedarfs- und naturschutzgerechter Kriterien.

Bildung

ist ein lebenslanger Prozess

Nicht zufällig umfasst der Begriff Bildung so unterschiedliche Bereiche wie Frühkindliche Bildung, Weiterbildung, Bildungschancen, Erwachsenenbildung, Schulische Bildung, Kompetenzbildung und viele mehr.

Bildung ermöglicht notwendige Weltorientierung, Selbstbestimmung und Aufklärung, aus denen wiederum Wissen um die Vielfalt und damit Respekt vor dem Fremden entstehen. Sie ist der Schlüssel für ein sich entwickelndes Verständnis der komplexen Realität einer modernen Gesellschaft. In der Umkehrung braucht die Gesellschaft Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zu Hochschulen und Erwachsenenbildungsstätten, die mit hoher Lehr- und Lernqualität Bildung als lebenslangen Prozess für alle BürgerInnen, unabhängig vom Einkommen, gewährleisten: Einrichtungen wie die Volkshochschule und Musikschule sind für eine Stadt wie Hildesheim unverzichtbar.

BürgerInnenbeteiligung

So nehmen wir die HildesheimerInnen mit und gestalten unsere Stadt gemeinsam

Gorleben, Stuttgart 21 und spätestens das Verfahren um den Zukunftsvertrag der Stadt Hildesheim mit dem Land Niedersachsen haben gezeigt, dass die Menschen bei relevanten gesellschaftlichen Fragen nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden wollen. Demokratie findet nicht nur alle vier oder fünf Jahre als Wahlen statt, sondern ist ein permanenter Prozess, an dem die Bürgerinnen und Bürger aktiv beteiligt werden wollen. Auch in Hildesheim gab und gibt es immer wieder Projekte und Maßnahmen, von denen die Menschen erst erfahren, wenn die eigentlichen Entscheidungen schon getroffen wurden. Als ein Beispiel kann hier der Zukunftsvertrag mit dem Land Niedersachsen gelten oder das ebenfalls umstrittene Großprojekt des Umbaus des Hildesheimer Hauptbahnhofs vor ein paar Jahren. Maßnahmen, die alle Menschen in einer Stadt betreffen, dürfen nicht ohne öffentlichen Diskussionsprozess entschieden werden.

Gerade was den Zukunftsvertrag mit dem Land Niedersachsen betrifft, haben wir im Rat der Stadt von Anfang an größtmögliche Transparenz und Offenheit gefordert. Leider konnten wir uns damit gegen alle anderen Fraktionen nicht durchsetzen. Für uns ist aber ganz klar:

Demokratie muss barrierefrei sein!

Wir wollen die Menschen in Hildesheim auf dem Weg der Entscheidungen mitnehmen und ihnen zeigen, dass wir sie und ihre Bedenken, Anregungen und Vorstellungen ernst nehmen. Bürgerforen in den entsprechenden Stadtteilen könnten dazu beitragen, um anstehende wichtige Entscheidungen mit dem Menschen vor Ort zu diskutieren. Gerade vor dem Hintergrund immer knapper werdender Finanzen müssen entsprechend massivere Einschnitte im Bereich der öffentlichen Leistungen vorgenommen werden und können wichtige Investitionen in die Zukunft nicht mehr getätigt werden. Mit der Umstellung von der kameralistischen Haushaltsführung auf die Doppik ist dieser Vorgang in Hildesheim nicht transparenter geworden.

Unsere konkreten Ziele:

- Die Bürgerinnen und Bürger zeitnah an relevanten kommunalen Prozessen zu beteiligen, bevor die Entscheidungen gefallen sind. Dieses kann zum Beispiel in Form von BürgerInnenforen oder auch in den öffentlichen Sitzungen der neugeschaffenen Ortsräte geschehen.
- Wir fordern weiterhin die Umsetzung eines Bürgerhaushalts, der den Menschen aktiv die Möglichkeit gibt, sich in diesen Vorgang einzubringen und die Finanzplanungen der Stadt für alle transparent und nachvollziehbar macht. Dies ist ein Weg um die vorhandenen gesellschaftlichen Ressourcen sinnvoll zu nutzen
- Das Beispiel der Spielleitplanung, bei der Kinder aktiv in die Gestaltung ihrer Umwelt mit einbezogen werden, muss auch auf andere Bereiche und Bevölkerungsgruppen ausgedehnt werden. Menschen, die ihre Umwelt aktiv mitgestalten, übernehmen für sie auch mehr Verantwortung.

Das Demokratieverständnis ist im Wandel. Wir GRÜNE haben im Gegensatz zu anderen Parteien von Anfang an mit unseren Mitgliedern über Inhalte diskutiert und konstruktiv gestritten. Auch wenn wir für diese Form der Meinungsbildung belächelt wurden, hat uns diese Art der Auseinandersetzung stark gemacht. Wir wollen diese Kultur in die Gesellschaft tragen und gemeinsam mit den Menschen in unserer Stadt über die bevorstehenden Herausforderungen offen diskutieren.

Drogen

Seit Einführung und Anerkennung der Substitutionsbehandlung 1992 in Deutschland als Regelleistung der Krankenkassen konnten immer mehr Heroinabhängige von Ärzten mit Methadon und Buprenorphin versorgt werden. Die Zahl der substituierten Opiatabhängigen in Deutschland ist von 46 000 im Jahr 2002 auf über 75 000 im Jahr 2010 gestiegen. Das bedeutet ein Anstieg von über 50 %.

In Stadt und Landkreis Hildesheim dagegen stagniert die Anzahl der Substituierten (ca. 160 - 200) trotz wachsenden Bedarfs. In der Stadt Hildesheim gibt es mittlerweile nur einen Arzt, der bereit ist diese Personen zu behandeln. Dies bedeutet, dass wieder mehr Abhängige keine adäquate Behandlung bekommen und in die Illegalität der Beschaffungskriminalität geraten.

Das Ziel ist weiterhin die Entkriminalisierung von DrogenkonsumentInnen. Schon 1995 hat das Hessische Justizministerium eine Studie zur Drogenpolitik in Auftrag gegeben, welche die Prohibitionspolitik der letzten Jahrzehnte nicht nur infrage stellt, sondern die negativen Auswirkungen (Erhalt des Schwarzmarkts, Beschaffungskriminalität, Folgekosten für Justiz, Sozial- und Gesundheitswesen u.v.m.) benennt.

Wir fordern die finanzielle Absicherung aller Präventionsprojekte.

Elternschule

Elternschulen fördern heißt Eltern und Kindern helfen

Immer mehr Eltern fühlen sich bei der Erziehung ihrer Kinder überfordert und mit ihren Problemen allein gelassen. Folgen für die Kinder sind im schlimmsten Fall Vernachlässigung und Gewalt. Die GRÜNEN unterstützen präventive und begleitende Konzepte, die Eltern in ihrer verantwortungsvollen Aufgabe stärken. Dazu gehören ein flächendeckendes Angebot von Elterntrainingskursen (z. B. „Starke Eltern – starke Kinder“, „Rendsburger Elterntraining“ o. ä.) und eine stärkere Einbindung sowie Beteiligung von Eltern in Kindertagesstätten und Schulen. Diese Angebote bieten den Eltern die Möglichkeit, Erziehungs- oder auch Versorgungsprobleme frühzeitig besprechen und Hilfestellung in Alltagsfragen bekommen zu können.

Energie und Klimaschutz

Die Energiewende muss auch kommunal weiter vorangetrieben werden, denn sie liefert einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz

Unsere wichtigste heimische Energiequelle ist nach wie vor das Energiesparen. Darum ist die Grundlage unserer Energiepolitik, Energiesparen zu subventionieren und nicht Energieverbrauch.

Wir wollen, dass BürgerInnen die rasant gestiegenen (und sicher weiter steigenden) Energiepreise durch entsprechend geringeren Energieverbrauch kompensieren können. Dazu wollen wir einen Teil der Gewinne aus dem Energieverkauf der EVI als Tochter der Stadtwerke verstärkt dazu verwenden, Energiesparmaßnahmen zu fördern.

Die Stadt Hannover bietet hier mit dem Förderprogramm „proKlima“ ein gutes Beispiel.

Energiesparen ist zudem aktiver Klimaschutz. Die Flutkatastrophen und die sehr trockenen Sommer der letzten Jahre haben deutlich gezeigt, dass der Klimawandel sich auch in unseren Regionen bemerkbar macht.

Durch eine Verminderung des Energieverbrauchs wird die Freisetzung des Treibhausgases CO₂ reduziert. Hier bieten sich durch die verbesserte Wärmedämmung an Gebäuden, höhere Energieeffizienz durch Kraft-Wärmekopplung, regenerative und CO₂-neutrale Energiequellen wie Wasserkraft und Biomasse und eine Verminderung des Verkehrsaufkommens gleich eine ganze Reihe von Möglichkeiten, durch regionale Maßnahmen den Klimaschutzzielen näher zu kommen. Die Maßnahmen können von regionalen Firmen ausgeführt werden und sind so auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Stadt und die Region.

Neben der Verminderung der CO₂-Freisetzung führt auch eine vermehrte CO₂-Fixierung durch Pflanzen zu einer Verbesserung der Situation. Darum fordern wir eine „grüne Stadt“ mit einheimischen und standortgerechten Pflanzen, wo immer das möglich ist.

Es ist erfreulich, dass der Anteil an Strom aus regenerativen Quellen, den die Stadtwerke liefern, mittlerweile bei 26,6% und damit über dem Bundesdurchschnitt liegt. Leider liegt der Anteil an Atomstrom mit 27,4% ebenso über dem Bundesdurchschnitt.

Klimaschutz und Energiepolitik beginnen auf kommunaler Ebene, insbesondere durch ein verändertes Verbraucherverhalten.

Daher setzen wir uns ein für:

- ein Förderprogramm der Stadt und der Stadtwerke für Energiesparmaßnahmen. Umtauschaktionen für alte Stromfresser, Bezuschussung der Wärmedämmung an Gebäuden und Verbesserung der Energieeffizienz
- ein Energieeinsparkonzept für städtische Liegenschaften
- das Ausstellen der Gebäudeenergiepässe für öffentliche Gebäude, bei denen mit gutem Beispiel vorangegangen werden muss. Für öffentliche Gebäude besteht sogar die Pflicht, einen Energieausweis für die Öffentlichkeit an gut sichtbarer Stelle auszuhängen. Hier scheint die Stadt ihre Verpflichtungen noch nicht vollständig zu erfüllen. Zumindest am Rathaus sucht man den Energieausweis vergeblich
- die Umsetzung von erforderlichen Energiesparmaßnahmen
- die Schaffung und den Betrieb von mehr biomassebetriebenen Anlagen oder Blockheizkraftwerken durch die Stadtwerke. Neue Wohngebiete lassen sich zentral mit Nahwärme versorgen
- den weiteren Ausbau der Erzeugung von eigenem Strom aus regenerativen Quellen durch die Stadtwerke, um die positive Entwicklung zu mehr ökologisch erzeugter Energie deutlich zu verstärken
- die Einrichtung eines „Solarkatasters“ für die Stadt. In einem solchen Kataster können BürgerInnen einsehen, ob ihr Hausdach für die Nutzung von Solarenergie geeignet ist
- Ökostrom für alle öffentlichen Gebäude
- Einrichtung eines Klimaschutzfonds zusammen mit dem Landkreis.

Fahrrad

Für ein fahrradfreundliches Hildesheim

Um das Fahrrad als alltagstaugliches Verkehrsmittel noch besser nutzen zu können, muss noch viel passieren. Wir wollen in Hildesheim Bedingungen schaffen, die es vielen Menschen jeden Alters gefahrenfrei, zügig und bequem möglich machen, alltäglich das Rad zu benutzen.

Der ADFC hat seit langem hierfür ein Programm vorgelegt, dessen Realisierung in Teilen noch aussteht. Die Straßenverkehrsordnungs-Novelle hat deutliche Anforderungen an die Beschaffenheit und Sicherheit von Fahrradverbindungen gestellt. Dies beinhaltet vor allem die Kennzeichnung, die Spurenführung, die Spurbreite, die Beschaffenheit des Belages und die Bordsteinabsenkung. Vieles davon findet bei Um- und Neubaumaßnahmen Berücksichtigung – für bereits vorhandene Radwege gilt dies aber nicht.

Die Nutzbarkeit von Einbahnstraßen in beide Richtungen ist eine langjährige Forderung von uns, die endlich eine Mehrheit gefunden hat. Dabei ist auf die Sicherheit der Fahrrad Fahrenden zu achten, insbesondere auch durch deutliche Hinweise an die AutofahrerInnen, dass sie mit entgegenkommenden Fahrrädern zu rechnen haben. Hier gibt es Aufklärungsbedarf.

Im Integrierten Verkehrsentwicklungsplan (IVEP) steht die Stärkung des Radverkehrs im Innenstadtbereich im Vordergrund. So soll der Anteil des Radverkehrs bis zum Jahr 2025 auf mindestens 18% gesteigert werden.

Unsere Ziele:

- eine konsequente Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans
- eine Erweiterung des innenstadtbezogenen IVEP auf alle Stadtteile
- eine Entschärfung von künstlich herbeigeführten Konkurrenzsituationen von Auto- und Fahrradverkehr (z.B. Schuhstraße und Kreuzung Dammtor – Alfelder Str., Osterstraße, Wallstraße)
- eine Neuorganisation der Nutzung von Fahrflächen, auf denen der Autoverkehr abgenommen hat (z.B.: Hildesheim West, Robert-Bosch-Straße)
- ein flächendeckendes, verbindliches Radwegekonzept für die gesamte Stadt
- ernsthafte Lösungsversuche zur Problematik Klingeltunnel
- die Prüfung weiterer Einbahnstraßen zur Öffnung in beide Richtungen
- die Überprüfung vorhandener Radwege auf ihre Entsprechung aktueller Verordnungen.

Faire Kommune

Deutsche Städte und Gemeinden kaufen jedes Jahr Waren im Wert von 50 Mrd. Euro bei sog. Ländern der Dritten Welt. Die Rolle, die deutsche Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit einnehmen, wird weitgehend unterschätzt.

Wir wollen, dass

- sich die Stadt Hildesheim dieser Rolle bewusst wird und mittels einer Vielzahl von Maßnahmen dieser Verantwortung stellt
- die Stadt Hildesheim das Gütesiegel „Fair Trade Town“ anstrebt. Politik, Wirtschaft, Berichterstattung und Zivilgesellschaft tun sich zusammen, um die Kriterien des Vereins „TransFair“ zu erfüllen, die dieses Siegel vergibt. Dies ist nur eine der vielen Möglichkeiten, die eine Stadt hat, um die Bezeichnung faire Kommune für sich beanspruchen zu können.

Es geht um die Schaffung des öffentlichen Bewusstseins, dass auch die Stadt Hildesheim dazu beitragen kann, die Millenniumsziele der Vereinten Nationen, die mit der Stimme Deutschlands beschlossen wurden, zu erreichen. Neben Zielen wie die Bekämpfung von Armut und Kindersterblichkeit beinhalten diese Ziele eine globale Partnerschaft für Entwicklung, die Gleichstellung der Geschlechter und ökologische Nachhaltigkeit – Dinge, die durchaus auch zentrale Themen der Stadt Hildesheim sein sollten.

Familie**Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen**

Das Rollenspektrum für Männer hat sich bisher nicht im gleichen Maße erweitert wie das der Frauen. Da gibt es noch viel zu tun, denn wir wollen junge Männer, die Erzieher werden und Väter, die in Elternzeit gehen, ohne als Exoten zu gelten. Die gerechte Teilhabe beider Geschlechter an allen wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und familiären Aufgaben voranzutreiben, ist Ziel unserer Politik. Dafür brauchen wir Krippen, Kindertagesstätten, Horte und Schulen, in denen unsere Kinder (bis zum 14. Lebensjahr) gut betreut und mit echten Startchancen für das Leben ausgestattet werden. Es geht um eine Neubestimmung der Rollen- und Arbeitsverteilung zwischen Frauen und Männern, z. B. bei Erziehung und Pflege. Voraussetzung dafür sind flexible und moderne Arbeitszeitmodelle.

Da sich immer mehr Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder überfordert und mit ihren Problemen allein gelassen fühlen, unterstützen wir präventive und begleitende Konzepte, die Eltern in ihren verantwortungsvollen Aufgaben stärken. Dazu gehören ein flächendeckendes Angebot von Elterntrainingskursen (z. B. „Starke Eltern – starke Kinder“, „Rendsburger Elterntraining“ u. ä.) und eine stärkere Einbindung und Beteiligung von Eltern in Kindertagesstätten und Schulen. Diese Angebote bieten den Eltern die Möglichkeit, Erziehungs- oder auch Betreuungsprobleme frühzeitig zu besprechen und Hilfestellung in Alltagsfragen zu erhalten.

Bei den Hilfen zur Erziehung gibt es natürlich auch, neben weiteren gesetzlich garantierten Hilfeleistungen, die Möglichkeit, sich zur Unterstützung in Erziehungsfragen direkt an das Jugendamt oder an die Erziehungsberatungsstelle zu wenden. Die derzeitige Sparpolitik der Stadt Hildesheim gefährdet die bisherige, qualitativ gute fachliche Arbeit – wir setzen uns dagegen zur Wehr. Befinden sich Eltern und Kinder miteinander in einer schwierigen Lebenssituation, braucht es gute, beruflich erfahrene Fachkräfte. Dafür setzen wir uns weiterhin ein.

Kinder brauchen Freiräume, sie brauchen Platz und Bewegungsmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnung. Zukunftsorientierte und verantwortungsvolle Stadtplanung heißt für uns,

dass alle Kinder und Jugendliche im Rahmen der von uns eingeleiteten Spielleitplanung eingebunden werden, damit ihre Interessen einfließen können. Die jüngste Gesetzesänderung zum Thema „Kinderlärm“ schafft neue Freiräume für Kinder und Jugendliche. Wir werden uns für ihre Nutzung stark machen.

In Hildesheim fehlen immer noch ausreichende flexible Krippen- und Hortangebote sowie qualifizierte Tagesmütter und -väter. Unser Ziel ist auch in Zukunft eine qualifizierte Kinderbetreuung, die ganzjährig zur Verfügung steht und erwerbstätigen Eltern bzw. Alleinerziehenden den Spagat zwischen Kinderbetreuung und Beruf erspart.

Wir wollen konkret:

- die stärkere Nutzung bestehender Freiräume und Flächen für Kinder und Jugendliche
- Weiterentwicklung von flexiblen Kinderbetreuungsangeboten
- Ausbau des Angebotes an Tagesmüttern und -vätern, Krippen- und Hortplätzen
- Ausbau und Finanzierung von Sprachförderung in den Kindertagesstätten
- Förderung offener Kinderbetreuungsangebote
- Ausbau und Förderung der interkulturellen Ausbildung von ErzieherInnen und SozialpädagogInnen
- projektbezogene Beteiligung von Kindern an Planungsprozessen
- Weiterentwicklung einer kinderfreundlichen Innenstadt mit Freiräumen und Spielangeboten in der Fußgängerzone.

Finanzen und Haushalt**Gerechtes und nachhaltiges Sparen statt Kahlschlagpolitik im Sozial- und Bildungsbereich**

Die städtische Finanzlage ist katastrophal. Vom Haushaltsüberschuss in Millionenhöhe Anfang der 90er Jahre zum 300 Millionen € Schuldenberg heute. Dafür gibt es eine Vielzahl von Gründen, angefangen bei der seit Jahren massiven Kostenabwälzung von Land bzw. Bund bis hin zu Rezession und Finanzkrise, verbunden mit Gewerbesteuerbrüchen und Langzeitarbeitslosigkeit. Zwischen Bund, Land und Kommunen bleibt eine gerechtere Verteilung der Einnahmen aus Steuern und Zuweisungen unverzichtbar. Deshalb gilt: aus eigener Kraft ist dieses Finanzdesaster nicht zu bewältigen, Land und Bund stehen hier mit in der Pflicht zu helfen.

Aber das Finanzdesaster ist eben auch ein hausgemachtes. Es sind über Jahre falsche haushaltspolitische Prioritäten gesetzt worden. Hildesheim hat sich übernommen. Schon die Vorstellung, zur EXPO „Weltkulturstadt“ sein zu wollen (Museum, Sültehalle, Youth-Camp etc.), hat sich die Stadt Millionen Euro kosten lassen. Ähnliches gilt für den Flugplatzausbau, den Domänenkauf oder die immer noch angedachte Realisierung der Nordumgehung.

Schulden machen Konsolidierungsmaßnahmen notwendig. Auf der Sparagenda von CDU/ SPD und Verwaltung standen und stehen dabei unter anderem starre Personalkostendeckelungen, unrentable Privatisierungen, Pauschalkürzungen im Sozial- und Kulturretat oder eine kosten-

trächtige Ausgliederung der Stadtentwässerung. Alle Maßnahmen, die einer nachhaltigen und sozial gerechten Haushaltssanierung entgegenstehen. Als GRÜNE Ratsfraktion haben wir deshalb keinem städtischen Haushalt der letzten Jahre zugestimmt.

Stattdessen bringen wir jedes Jahr umfangreiche Änderungslisten zum Haushalt ein. Es geht uns um eine Konsolidierung ohne Kahlschlag bei gleichzeitigem politischen Gestalten.

Unsere Prioritäten:

- mehr Bescheidenheit und Bedarfsorientierung bei Investitionen in Großbauten, neuen Gewerbegebieten (Gewerbegebiet Nord) oder einem möglichen Hafenausbau
- Einsparungen in Bereichen des Haushaltes, die bisher weitgehend vom Sparen verschont blieben, wie zum Beispiel bei Repräsentation, Reisekosten oder Ausgaben für Gutachten und externe Sachverständige
- Mehrausgaben im Bereich der Jugendhilfe und Soziokultur. Alles unter dem Leitmotiv „Prävention und Integration“ spart langfristig
- eine Erhöhung der Mittel für die Bauunterhaltung und Sanierung von städtischen Liegenschaften wie Schulen, Kindergärten oder Obdachlosenunterkünften
- umfangreiche Maßnahmen zur Energieeinsparung bei städtischen Liegenschaften und der kommunalen Straßenbeleuchtung
- eine Re-Kommunalisierung städtischer Leistungen und des privatisierten 25% Anteils der Energieversorgung Hildesheim (EVI).

Aber auch Mehreinnahmen über erhöhte Steuern und Gebühren dürfen aufgrund der desolaten Situation kein Tabu sein. Gebührenhaushalte müssen Kostendeckung erreichen. Gebührenanpassungen bei der Straßenreinigung und die Einführung der Zweitwohnungssteuer waren überfällig. Hier sind der Stadt über Jahre Einnahmen in Millionenhöhe fahrlässig entgangen. Eine maßvolle Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer schließen wir ebenfalls nicht aus. Kleingewerbe und Mittelstand sind aufgrund großzügiger Freibeträge bei der Gewerbesteuer kaum betroffen.

Diese Maßnahmen werden nicht nur aktuell zu Einsparungen und Mehreinnahmen führen, sondern auch nachhaltig zu gravierenden Konsolidierungserfolgen führen.

Flugplatz

Intelligente Mobilität für alle statt subventioniertem Flugplatz für wenige

Der ab 2000 erfolgte Ausbau des Flugplatzes fand im Gegensatz zu CDU/BAH/FDP und SPD nicht unsere Zustimmung. Gegen jede finanz- und wirtschaftspolitische Vernunft ist dort den Hobbyfliegern für über 2,5 Millionen € eine Landebahn hinbetoniert worden.

Die damit verbundenen laufenden Verluste sind dann jahrelang von der damaligen Geschäftsführung vertuscht worden.

Erst die von uns als GRÜNE Ratsfraktion mit angestoßene Aufklärungsarbeit von Rat und Verwaltung führte zu Kostentransparenz und zu einer Umstrukturierung in der Organisation des Flugplatzes. Seit 2009 gehören die Anlagen des Platzes allein der Stadt Hildesheim, die dafür jährlich über 100.000 € an Zins und Abschreibung zu zahlen hat.

Außer zur Standortsicherung eines Herstellers von Traghubschraubern bleibt jedoch grundsätzlich zweifelhaft, welchen wirtschaftlichen Zweck dieser regionale Kleinflugplatz erfüllt, gerade angesichts des nahen ICE-Bahnhofs und der neuen Kommunikationstechnologien.

Mit Sicherheit erhöht hat sich die Fluglärmbelastung für die AnwohnerInnen sowie die Belastung für Umwelt und Natur (u. a. aufgrund der umfassenden Flächenversiegelung).

Deshalb unsere Ziele:

- zukünftig gilt es insbesondere über eine Veränderung der Flugzeiten nachzudenken. Vor allem am Wochenende sollten die Zeiten eingeschränkt werden. Hier ist eine anwohnerInnen gerechtere Lösung zu finden
- auch verbesserte technische Maßnahmen zur Überwachung von Flugrichtung und -höhe (Überwachungsanlage zur Einhaltung der vorgeschriebenen Platzrunde) sind erforderlich. Nur so lassen sich über Wohngebieten verbotene geflogene Routen nachweisen
- ohne die auf dem Gelände stattfindenden Kulturveranstaltungen würde der Flugplatz noch weniger rentabel betrieben werden können. Hier sind Maßnahmen zu ergreifen, welche die Lärmbelastungen stattfindender Kulturveranstaltungen minimieren, damit diese erhalten bleiben.

Frauen

- Potenziale von Frauen nutzen
- Frischluft für die Chefetagen: JA zur Quote
- Frauen in „Männerjobs“ – und umgekehrt
- Gleiche Bezahlung für Frauen und Männer
- Projekte von und für Frauen stärken!
- Gewalt ächten – Frauen schützen!

Eine moderne Gesellschaft gibt es nicht ohne Geschlechtergerechtigkeit – gleiche Rechte und Verwirklichungschancen für Frauen und Männer in allen Lebensbereichen sind dafür Voraussetzung. Wir wollen mehr Frauen, die selbstbewusst ihren Karriereweg gehen. Wir wollen mehr junge Frauen, die in Hildesheim in typischen Männerdomänen arbeiten. Wir können es uns nicht erlauben, auf die Ideen, Talente und die Kreativität junger Frauen zu verzichten, sondern müssen sie durch eine gute Ausbildung fördern.

Wir meinen, die Gleichstellung von Frauen und Männern und die bessere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt sind die Voraussetzung für eine positive Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft. Auch mit Blick auf den demografischen Wandel und vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels ist es notwendiger denn je, die Erwerbsbeteiligung von Frauen deutlich zu erhöhen. Die Anstrengung lohnt sich: Länder mit hohen Frauenerwerbsquoten und mehr weiblichen Führungskräften sind wirtschaftlich erfolgreicher. Daher verfolgt GRÜNE Frauenpolitik das Ziel, die strukturelle Benachteiligung von Frauen aufzuheben, um ihre gleichberechtigte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen zu garantieren. Dies gilt selbstverständlich auch für Frauen aus anderen Herkunftsländern.

Wir wollen:

- dass Mädchen und junge Frauen besondere Förderung bei ihrer Berufswahl und Karriereplanung erhalten, um ihnen Bereiche, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, zu eröffnen. So haben wir uns für eine „Koordinierungsstelle Frau und Wirtschaft“ eingesetzt, deren erfolgreiche Arbeit kontinuierlich ausgebaut werden sollte
- Maßnahmen mit dem Ziel, Führungspositionen in Verwaltung und Wirtschaft mit Frauen zu besetzen. Dazu gehört die Frauenquote, denn Männer sind bisher die Regel
- Frauen nicht nur am Schalter, sondern am Schalthebel. Auch in den Aufsichtsräten und den Chefetagen wie z. B. der Sparkasse, der Stadtwerke, des SVHi, der EVI und der Wohnungsbaugesellschaften
- dass die Monokultur an der Spitze der Verwaltung (es gibt nur eine Dezernentin) und in der Politik (es gibt keine Bürgermeisterin) endet. Wir fordern eine Quote für den Aufstieg und Leitungspositionen auch in Teilzeit
- dass Frauengruppen, -projekte und -initiativen dauerhaft finanziert werden, insbesondere qualifizierte Maßnahmen, die Gewalt verhindern bzw. Einrichtungen, die Mädchen und Frauen mit Gewalterfahrungen beraten
- die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten politisch unterstützen
- dass Frauen aus anderen Herkunftsländern gleichberechtigt am öffentlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können. Deshalb muss die strukturelle Benachteiligung von Frauen aus anderen Herkunftsländern aufgehoben und der Blick auf geschlechtsspezifische Aspekte von Frauen mit Migrationshintergrund geschärft werden. Entsprechende Unterstützungs- und Beratungsangebote müssen vorhanden sein
- dass die beispielhafte Arbeit des Internationalen Frauentreffs des Asyl e.V. in Kooperation von Stadt, Landkreis und Land so finanziert wird, dass das Angebot an Beratung, Begleitung, Bildung und beruflicher Förderung für MigrantInnen unabhängig von ihrem Aufenthaltstitel langfristig bestehen kann

Gender-Mainstreaming

Geschlechtergerechtigkeit und soziale Strukturen

Der Gedanke der Geschlechtergerechtigkeit sollte sich in allen gesellschaftlichen Strukturen wiederfinden. Wir fordern, dass alle Verwaltungsvorgänge und -entscheidungen sorgfältig und frühzeitig daraufhin überprüft werden, ob sie sich auf Frauen und Männer womöglich unterschiedlich auswirken. Insbesondere in den Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen sollte bei allen Entscheidungen bedacht werden, welche Auswirkungen für Mädchen oder Jungen zu erwarten sind. Dies soll einer Ungleichbehandlung vorbeugen und Chancengerechtigkeit fördern.

Die engagierte Mädchen- und Jungenarbeit in der Jugendpflege darf sich nicht in Projektwochen erschöpfen, sondern sie muss Bestandteil der Alltagspraxis, angefangen bei der Ausgestaltung der Jugendräume sein. Das Ziel ist, einseitige Rollenzuweisungen zu überwinden. Die Mittel für geschlechtergerechte Jugendarbeit wollen wir daher auch weiterhin erhalten. Die Jugendhilfe ist gefordert: gleiche Rechte für Mädchen und Jungen bei der Mittelverteilung im Sinne von Gender Budgeting; gleiche Verteilung von Räumen, Personal, Konzepten und Angeboten!

Gesundes Lebensumfeld

Die beste Krankheit ist die, die gar nicht erst entsteht

Eigentlich gibt es doch auch gar keine Gründe mehr krank zu sein: Unsere Ernährungslage ist ausgezeichnet, die Wohnungen warm und trocken. Die Arbeitsbedingungen sind vergleichsweise human, unser Sozialsystem gibt uns Sicherheit und alle können unsere hochentwickelte Medizin in Anspruch nehmen.

Obwohl sich vieles gegenüber früheren Zeiten deutlich verbessert hat, ist die Lage durchaus nicht so rosig, wie man beim ersten Hinsehen meinen könnte. Wirklich hochwertige Nahrungsmittel sind eben nicht für alle erschwinglich und auch menschenwürdige Wohnverhältnisse haben nicht alle.

Unsere Sozialbudgets müssen regelmäßig als Manövriermasse für Haushaltskürzungen herhalten und die Medizin entwickelt sich immer mehr in Richtung Notversorgung statt Prävention und Heilung zu bieten.

Die Privatisierung der Landeskrankenhäuser und des städtischen Krankenhauses ist leider entgegen unserer Forderungen durchgesetzt worden. Der Verkauf des städtischen Krankenhauses bedeutete einen entscheidenden Einschnitt in die Gestaltung der kommunalen Daseinsvorsorge. So entzieht sich die Entscheidung über die Zukunft der Frühchenintensivstation gänzlich der politischen Einflussnahme.

Unsere Ziele:

- Schaffung neuer und Unterstützung bestehender Netzwerke ökologischer ErzeugerInnenbetriebe, wie z. B. HI-LAND, zur Bedienung der KundInnennachfrage
- besseres Essen in Kantinen und Küchen. Auch in den Schulen! Vollwertige Nahrung aus kontrolliertem, heimischem Anbau und zu erschwinglichen Preisen. Hierbei müssen die städtischen Einrichtungen eine Vorreiterrolle übernehmen, um den Markt zu erschließen
- Schaffung und verstärkte Unterstützung von Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen für Gesundheitsvorsorge, Suchtprävention und Umweltberatung
- Einrichtung einer VerbraucherInnenberatung.

Gewerbegebiet Nord

„Wir bauen eine neue Stadt“, so hieß es im Herbst 1995 vor dem versammelten Rat

Eine Planung, die Großes erahnen ließ. Auf 450 Hektar Land sollte in den nächsten Jahrzehnten zwischen den Gemeinden Hildesheim, Giesen und Harsum das größte Gewerbegebiet zumindest im norddeutschen Raum entstehen. Konkret bedeutet dies unter anderem: ein dritter Autobahnanschluss, den Flugplatzausbau und das Vorhalten einer entsprechenden Infrastruktur. Erwartet wurde die Ansiedlung vieler überregionaler Unternehmen mit einem Beschäftigungseffekt von 10.000 neuen Arbeitsplätzen.

Inzwischen hat sich Harsum aus dem gemeinsamen Planungsverbund verabschiedet. Ansonsten ist außer einer Namensänderung in „Interkommunaler Gewerbepark Nord“, einer neuen, teuren Machbarkeitsstudie für nunmehr 215 Hektar zu entwickelnder Gewerbefläche und Planungen zur verbesserten Hafenanbindung wenig passiert.

Die GRÜNE Ratsfraktion hat angesichts tatsächlich fehlender Gewerbeflächen und auf Basis der obigen Zugeständnisse dem Ausbau zugestimmt. Demzufolge wird weiterhin darauf zu achten sein, dass die o. g. Vereinbarungen auch eingehalten werden. Zudem gilt es verstärkt darauf zu drängen, dass ein Mehr an Kostentransparenz erreicht wird. Mit dem Bau der Nordumgehung verbundene Planungen lehnen wir ab.

Wir fordern:

- eine Bedarfsanalyse vor Baubeginn jedes Teilabschnittes
- eine Aufwertung des schienen- und wassergebundenen Verkehrs
- eine anwohnerInnen gerechte Steuerung der Ansiedlung von lärmintensivem Gewerbe über den Grundstücksverkauf
- weiterhin auf die Einhaltung getroffener Vereinbarungen zu achten
- ein Mehr an Kostentransparenz
- keine Planungen für den Bau der Nordumgehung.

Programmbeitrag der Grünen Jugend

Schule

Auch in der Schule sollten die Interessen von SchülerInnen Gehör finden. LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern sollten sich auf Augenhöhe austauschen und ihre Schule zusammen gestalten können. Nur in der Praxis kann demokratische Teilhabe in der Schule erlernt werden.

Außerdem fordern wir eine flächendeckende Ausstattung der Schulen mit Mensen und Kiosken, in denen regionale, gesunde und abwechslungsreiche Speisen und Snacks zu günstigen Preisen angeboten werden. Es darf nicht sein, dass SchülerInnen (verbotener Weise) das Schulgelände verlassen müssen, um im nahegelegenen Supermarkt einzukaufen, weil Schulkioske wegen hygienischer Mängel ersatzlos geschlossen werden.

Jugendkultur

Kulturelle Einrichtungen bieten Jugendlichen die Möglichkeit Freundschaften zu knüpfen, sich auszutauschen, Erfahrungen zu machen, sich weiterzubilden oder einfach nur Spaß zu haben. Diese Einrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung Jugendlicher. Deshalb sollten diese Einrichtungen ausreichend gefördert werden, damit sie weiterhin ein abwechslungsreiches Programm zu erschwinglichen Preisen anbieten können. Zusätzlich sollten bestehende Flächen und Freiräume verstärkt für Jugendliche nutzbar gemacht werden. Beispielsweise kann hier ein Jugendtreff in der Innenstadt der Freizeitgestaltung dienen.

Mobilität

Um Jugendlichen selbstständige und sichere Mobilität zu ermöglichen, muss eine Infrastruktur geschaffen werden, die diese gewährleistet. Die meisten Kinder und Jugendlichen (vor allem auf dem Land) sind auf Fahrrad und Bus angewiesen. Doch in der Stadt sind Fahrradwege stellenweise schlecht ausgebaut oder gar nicht vorhanden (siehe Schuhstraße) und Ampelschaltungen nicht auf RadfahrerInnen eingestellt. Die Schuhstraße sollte unserer Meinung nach dauerhaft in eine autofreie Straße umgewandelt werden, so wie es vor einigen Jahren schon in einem Testlauf ausprobiert wurde. Im Kreis Hildesheim sollten breite Radwege entlang der Landstraßen gebaut werden, da es Jugendlichen ansonsten nicht möglich ist, unabhängig und sicher mit dem Fahrrad von einem Dorf ins nächste zu gelangen.

Auch der Busverkehr ist vor allem abends und am Wochenende mangelhaft. Zusätzlich ist der Fahrpreis für die meisten Jugendlichen zu hoch. Das vergünstigte Ticket für Kinder unter dreizehn Jahren reicht nicht aus. Jugendliche haben schließlich mit der Vollendung des zwölften Lebensjahres nicht plötzlich viel mehr Geld als vorher. Darüber hinaus sollte die SchülerInnenmonatskarte nicht nur bis zur elften Klasse kostenlos sein, da Schülerinnen und Schüler dadurch vermehrt vom umweltfreundlichen Nahverkehr auf das Auto umsteigen. Außerdem muss die Anbindung der umliegenden Dörfer verbessert werden. Nachts sollten verstärkt Anrufsammeltaxis die umliegenden Dörfer anfahren, damit Jugendliche die Möglichkeit haben, nachts sicher von der Stadt nach Hause zu kommen. Auch in der Stadt sollten die wichtigsten Linien nachts wenigstens im Zwei-Stunden-Takt fahren.

Wir fordern also nicht nur den flächendeckenden Ausbau aller Radwege in Stadt und Kreis Hildesheim, sondern auch eine Erweiterung des Busfahrplans und die Herabsenkung des Fahrpreises für Jugendliche.

Hafenausbau

Bedarfsorientierter Ausbau ist unverzichtbar

Der Gütertransport per Schiff ist für schwere und voluminöse Güter eine wirtschaftlich und ökologisch sinnvolle Alternative. Der Ausbau des Stichkanals zum Hildesheimer Hafen soll in den nächsten Jahren erfolgen. Auch in den Hafen selbst soll in erheblichem Umfang investiert werden. Für den Erhalt des Schifffahrtsstraße und der Sicherung des Hafens als Güterumschlagplatz scheint der Kanalausbau sinnvoll.

Geplant ist eine trimodale Anlage (Schiff, Bahn, LKW) für kombinierten Verkehr mit Containerumschlag. Ob die Investitionen in den Hildesheimer Hafen jedoch wirtschaftlich sinnvoll sind, ist unklar. Sicher aber ist, dass ohne eine massive Förderung Dritter (Land, Bund, Wirtschaft) der Ausbau des Hafens nicht finanzierbar ist.

Erforderlich ist für uns:

- eine aktuelle, ergebnisoffene Untersuchung des konkreten Bedarfs. Konkurrenzstandorte wie Hannover und Braunschweig sind zu berücksichtigen
- lässt sich die Wirtschaftlichkeit nicht eindeutig belegen, muss auf den Ausbau verzichtet werden.

Hochschulstandort

Hildesheim als lebendige Hochschulstadt

Gleich drei Hochschulen haben in Hildesheim ihren Standort:

- die Stiftung Universität Hildesheim
- die Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminde/ Göttingen (HAWK)
- die Norddeutsche Hochschule für Rechtspflege, mit ihren speziellen Angeboten für die norddeutschen Bundesländer.

Gerade die Universität und die HAWK haben in den vergangenen Jahren eigenständige Profile ausgebildet. Durch ihre Aktivitäten haben sie maßgeblich dazu beigetragen, dass Hildesheim an Attraktivität und Bekanntheit gewonnen hat. Die Hochschulen sind Anziehungspunkte nicht nur für aktive, hochqualifizierte, junge Menschen aus ganz Deutschland, sondern auch für Studierende aus anderen Ländern, Gasthörernden (mit 80% Senioren und Seniorinnen) und in Zukunft

auch, im Rahmen der offenen Hochschule, für Studieninteressierte ohne Abitur oder Hochschulreife.

Wir GRÜNEN haben die Entwicklung und Existenz der Hochschulen in den vergangenen Jahren im Rat und in den Ausschüssen aktiv unterstützt und begleitet. Sowohl die Universität als auch die HAWK werden in den kommenden Jahren stadtumbildverändernde Um- bzw. Neubaumaßnahmen durchführen. Wir unterstützen die Projekte „Weinberg-Campus“ und „Neubau am Marienburger Platz“. Im gleichen Maße werden wir aber auch kritisch hinsehen, um eine verträgliche und nachhaltige Umsetzung sicherzustellen.

Darüber hinaus werden wir uns auch zukünftig dafür einsetzen, dass die Hochschulen umfassend in das städtische Leben integriert sind und ihr Innovationspotenzial genutzt wird.

Konkret heißt das:

- eine regionale Wirtschaftspolitik, die Innovationen aus der Forschung aufgreift (neue Patente, Produkte und Dienstleistungen) und zum Wohle der BürgerInnen nutzt
- eine Sozial- und Jugendpolitik, in der Selbsthilfe-Initiativen und Projekte Chancen haben und Unterstützung finden
- eine Kulturpolitik, die neue Impulse aus den Hochschulen unterstützt
- eine Stadtentwicklung, die junge Familien, Paare, Alleinlebende, Wohngemeinschaften und Wohnprojekte gleichermaßen fördert
- eine Verkehrspolitik, die die Lebenswirklichkeit der Studierenden beachtet (z. B. durch verbesserte Radwege und Busverbindungen).

Innenstadt**Hildesheim zukunftstauglich machen**

Unsere Stadt muss „umgebaut“ werden, damit sie sich den Herausforderungen der Zukunft stellen kann. Dazu gehört die Konzentration der Bemühungen auf das Kerngebiet Hildesheim. Der in der Innenstadt vorhandene Wohnraum bedarf einer Modernisierung; die demografische Entwicklung erfordert altengerechtes Wohnen in der Stadt.

Gleichzeitig muss die Innenstadt auch für junge Familien wieder attraktiv werden, die bisher vom Häuschen im Grünen träumten. Schließlich haben wir in unserer Stadt ein optimales Angebot an Schulen, Hochschulen und eine Universität.

Bieten wir aber eine Einkaufsstadt der kurzen Wege, mit einem Warenangebot, das nicht nur austauschbare Discounter und Ketten umfasst, sondern eine Stadt auch als Lebensraum mit Begegnung und Kultur begreift, können wir dem Shopping-Exodus in größere Städte etwas entgegenhalten.

Wir wollen, dass Hildesheim mit Leben gefüllt wird:

- Einwerbung von Fördermitteln aus Land und Bund zur Verbesserung des Wohnumfeldes
- Begrünung des Andreasplatzes
- Einrichtung einer Markthalle
- nachhaltiges Nutzungskonzept der Lilie
- Almstortunnel offen halten
- Sanierung der Bernwardstraße
- mehr Platz für FußgängerInnen und Radfahrende.

Innerste**Natur erleben am Fluss**

Die Innerste ist Hildesheims Stadtfluss und für Hildesheim so wichtig wie die Elbe für Hamburg. Denn: Flüsse sind es, die Städte wesentlich prägen! Hildesheim hat die Chance eines kilometerlangen Natur-Refugiums im Stadtgebiet bis heute kaum genutzt. Dabei könnte die Innerste eine breite Fluss- und Grünzone sein, die als Mischung von Naherholungs- und Naturschutzgebiet Mensch und Umwelt dient und das Stadtklima höchst positiv beeinflusst. Der in der Entwicklung befindliche Innerste-Gesamtplan, der für die Flussaue und das Hochwasserbett im gesamten Stadtgebiet gilt, ist ein richtiger Schritt. Jetzt gilt es, die notwendigen planerischen und finanziellen Mittel zu Verfügung zu stellen. Es geht dabei um eine teilweise Wiederherstellung der Auengebiete an den Ufern, um eine breite Wiederbepflanzung der Ufer zu Lasten der landwirtschaftlichen Nutzung gerade im Itzumer Bereich, und um eine Vernetzung vorhandener naturnaher Areale.

Selbstverständlich wäre eine Ausdehnung dieses Innerste-Gesamtplanes in Kooperation mit dem Landkreis Hildesheim in südlicher Richtung bis zum Gut Walshausen mit seinem Park und evtl. weiter bis Derneburg und in nördlicher Richtung vernünftig. Die Flächen im Überschwemmungsbereich der Innerste sind ohnehin schwermetallbelastet und für landwirtschaftliche Nutzung nicht geeignet.

Das bedeutet gleichzeitig, dass auch das Umfeld der Innerste von Bebauungen freizuhalten ist, um hier den Naherholungscharakter des Flusses nicht zu gefährden.

Von der Leine weiß man, dass die Eichhörnchen früher die Flusseite wechseln konnten, ohne nass zu werden: Die Wipfel der an beiden Ufern stehenden Bäume berührten sich eben. Wir würden gerne die Voraussetzungen dafür schaffen, dass so etwas an der Innerste auch wieder möglich wird.

Innovative Wohnprojekte

Pfiffige Architektur, sparsamer Flächenverbrauch, hohe ökologische und energetische Standards, Konzepte für generationenübergreifendes Wohnen oder für ein Wirken in den Stadtteil hinein – innovative Projekte des selbstgenutzten Wohnens sind Glücksfälle für die Stadtentwicklung.

Wir setzen uns ein für:

- eine stärkere Förderung von Baugenossenschaften und Baugruppen, die solche Projekte realisieren wollen
- die Sicherung vorhandener städtischer Beratungsangebote
- die Ausweisung von Grundstücken in geeigneter Parzellierung und zu angemessenen Preisen in allen Stadtteilen, auch in attraktiven innerstädtischen Lagen
- die Beteiligung der gbg an geeigneten Projekten.

Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat

Wahlbereich F: Nord



weitere KandidatInnen
 Dilek Boyu, 45
 Kaufm. Angestellte
 ehrenamtl. Integrationslotsin
 Klaus-Uwe Wedekind, 54
 Dipl.-Pädagoge

weitere KandidatInnen
 Ekkehard Domning, 49
 Geschäftsführer
 Heike Vollbaum, 51
 Dipl.-Kulturpädagogin

Wahlbereich G: Ost



weitere KandidatInnen
 Hahle Badrnejad, 37
 Historikerin
 Norbert Reichel, 62
 staatl. examin. Altenpfleger
 Henning Sonnenberg, 53
 Rechtsanwalt

weitere KandidatInnen
 Elke Warsewa, 49
 Dipl.-Pädagogin
 Pierre Nacke, 30
 Mediengestalter
 Marion Olthoff, 57
 Referentin

Wahlbereich H: Süd



weitere KandidatInnen
 Ruth Seefels, 56
 Hausfrau
 Jörg Bredtschneider, 56
 Dipl.-Ingenieur

weitere KandidatInnen
 Klaus Schäfer, 51
 Geschäftsführer
 Ute Wittenberg, 56
 Lehrerin

Wahlbereich I: West



weitere KandidatInnen
 Alix Einfeldt, 41
 Kulturwissenschaftlerin
 Kathrin Vornkahl, 39
 Verwaltungsangestellte

weitere KandidatInnen
 Andreas Gonschior, 44
 Dipl.-Informatiker
 Ursula Oehlschläger, 58
 Rektorin

Kandidatinnen und Kandidaten für die Ortsräte**Bavenstedt**

- Norbert Reichel

Marienburger Höhe/Galgenberg

- Christine Helmhold
- Matthias Mitschke
- Klaudia Brüggemann
- Sascha Kirchner
- Karin Loos

Neuhof/Hildesheimer Wald/Marienrode

- Kathrin Vornkahl
- Jens Wätzold
- Thomas Kittel

Oststadt/Stadtfeld

- Jessica Sharma
- Rosa Wagner-Kröger
- Volker Spieth
- Uwe Wedekind
- Ottmar von Holtz
- Senem Kumcu

Itzum-Marienburg

- Jörg Bredtschneider
- Jürgen Blumtritt

Moritzberg/Bockfeld

- Ursula Oehlschläger
- Thomas Schlüter
- Uwe Schaepe
- Marie-Katrin Hilgenfeld
- Andreas Gonschior

Nordstadt

- Anette Domning
- Ruth Seefels
- Jan Rose
- Ekkehard Domning

Stadtmitte/Neustadt

- Dilek Boyu
- Klaus Schäfer
- Roland Miyamoto
- Heike Vollbaum

Kultur

Das Kulturangebot ist eine der besonderen Stärken Hildesheims. In seiner reichhaltigen Qualität und Vielfalt ist es außergewöhnlich für eine kleine Großstadt. Die „heimliche Kulturhauptstadt“ Niedersachsens muss diese Vielfalt nachhaltig sichern.

Wir GRÜNEN stehen für den Erhalt und die Weiterentwicklung dieser Kulturlandschaft: uns liegen TfN, Museen, Bibliotheken, Kantoreien, Kulturring, Musikschule usw. als traditionelle Einrichtungen dabei genauso am Herzen wie die gewachsene freie Kulturszene mit Theatergruppen, dem Theaterhaus, Cyclus66, Kulturfabrik, Jazztime, Trillke e.V. Ein vielfältiges und interessantes allgemeines Programm aller Sparten wird ergänzt um kulturelle Perlen, baut auf „kleine“ und alternative Kultur, auf MigrantInnen- und Frauenkultur – ein Zusammenspiel, das das Kulturleben erst richtig interessant macht.

Die Förderung von Kunst und Kultur sehen wir als wichtige Aufgabe, weil jede Stadt durch ein breites Kulturleben nur gewinnen kann:

- an Prestige
- im Tourismus
- und nicht zuletzt durch finanzielle Vorteile.

Die Interessen aller Kulturschaffenden direkt einzubeziehen ist dabei ein wesentliches Ziel. Hierbei dürfen etablierte Kultureinrichtungen und freie Kulturarbeit nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Unterschiedliche Fördertöpfe von Öffentlicher Hand, Stiftungen und Privaten erschweren den Überblick über die Möglichkeiten öffentlicher Kulturförderung.

Wir wollen:

- ein Stadtmarketing, das kulturelle Angebote initiiert und fördert
- einen selbständigen Kulturausschuss des Stadtrates
- mehr Transparenz bei der Kulturförderung.

Landschaftsschutz

Landschaftsschutzgebiete (LSG) können aus verschiedenen Gründen eingerichtet werden – sei es zur Erhaltung oder zur Wiederherstellung des Naturhaushalts, wegen des Erholungswertes oder wegen der besonderen kulturhistorischen Bedeutung. In einem LSG ist alles erlaubt, was den Charakter des Gebietes nicht verändert, etwa auch die landwirtschaftliche Nutzung.

Verglichen mit einem Naturschutzgebiet ist für eine Kommune die Einrichtung und die Löschung eines LSG leicht. Dies hat den Vorteil, dass LSG relativ zügig eingerichtet werden können. Es birgt aber auch die Gefahr, dass Schutzgebiete leichtfertig zur Disposition stehen können.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- bestehende Landschaftsschutzgebiete erhalten bleiben
- eine eventuelle Entwidmung nur nach einer BürgerInnenbeteiligung und einer angemessenen Abwägung erfolgen darf
- vor einer Entwidmung alle Alternativen geprüft werden müssen
- Initiativen zur Ausweisung neuer Schutzgebiete gestartet werden
- der Ratsbeschluss zur Ausweisung eines Landschaftsschutzgebiets in Marienrode umgesetzt wird
- der Grünzug bzw. das grüne Band Nord/Ost (Gut Steuerwald, B6 Berliner Kreisel, Galgenberg) festgeschrieben und unter Schutz gestellt wird
- ein Grünzug bzw. ein grünes Band Nord/West (Gut Steuerwald, um Himmelsthür, Rottsberghang, Steinberg) eingerichtet wird.

Lärm und Luftverschmutzung

Eine der Hauptquellen für den Lärm und die Luftverschmutzung in der Stadt ist der Straßenverkehr.

Wer kennt nicht die sommertypische Radiomeldung: „Aufgrund hoher Ozonwerte sollte Ausdauersport in die Morgen- oder Abendstunden verlegt werden.“ Die allgegenwärtige Luftverschmutzung schränkt unsere Lebensqualität in vieler Hinsicht ein, ohne dass wir uns dessen immer bewusst sind. Hauptursache für die Luftverschmutzung in der Stadt ist der Verkehr. Zu Stoßzeiten werden an Knotenpunkten Spitzenbelastungen erreicht.

Auch Lärm macht krank!

Lärm ist allgegenwärtig, seine Auswirkungen auf die Gesundheit oft verheerend.

Durch das stetig wachsende Verkehrsaufkommen wird die Belastung immer stärker. Auch die Forderung nach der Nordumgehung bietet hier keine Lösung. Wir wollen das Verkehrsaufkommen durch eine andere Verkehrs- und Siedlungspolitik insgesamt senken.

Der Rat der Stadt Hildesheim hat am 15.11.2010 dem Integrierten Verkehrsentwicklungsplan (IVEP) zugestimmt. Eine der zusammenfassenden Empfehlungen dieses Entwicklungsplans heißt „mehr ÖPNV, Rad, zu Fuß“ und „weniger Kfz“. Der Anteil des Radverkehrs soll z.B. auf mindestens 18% bis zum Jahr 2025 gesteigert werden.

Als konkretes Handlungsziel ist aber auch explizit die Reduzierung von Lärmemissionen und Luftschadstoffen genannt.

Unsere Forderung:

- Verminderung des Verkehrslärms durch eine weitsichtige Siedlungs- und Verkehrspolitik
- mit dem IVEP ist ein guter Anfang gemacht. Die Ziele und Forderungen aus diesem Verkehrsentwicklungsplan sind konsequent umzusetzen
- eine Erweiterung des innenstadtbezogenen IVEP auf alle Stadtteile.

Menschen im Alter

Ziel der GRÜNEN ist es, dass alle Menschen ein selbstbestimmtes und würdiges Leben auch im Alter führen können

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird unsere Gesellschaft immer älter. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, alten Menschen zu ermöglichen, so lange wie gewünscht „zu Hause“ wohnen zu bleiben. Dazu gehört beim Wohnungsneu- oder Wohnungsumbau die Berücksichtigung barrierefreier Standards und flexibler Grundrisse, denn die Jungen von heute sind die Alten von morgen.

Neben den traditionellen Betreuungsangeboten müssen in Hildesheim neue Wohnformen wie z. B. Wohngemeinschaften für ältere Menschen oder generationenübergreifendes Wohnen durch die regionalen Wohnungsbaugesellschaften ausgebaut werden, insbesondere, um den im Alter allein lebenden Menschen – überwiegend Frauen - Alternativen zu eröffnen. Notwendig sind die Projekte wie der „Seniorennotruf“, das „gbg-Concierge-Modell“, aber auch die Gestaltung einer Infrastruktur der kurzen Wege. Aktive Stadtteilzentren mit Bank und Post, Bäcker und Lebensmittelladen um die Ecke - dafür setzen wir uns ein.

Im Bereich des Betreuten Wohnens sind in den vergangenen Jahren in Hildesheim einige Projekte verwirklicht worden. Das städtische Beratung – und Vermittlungsangebot für „Gemeinschaftliches Wohnen“ steht finanziell auf unsicheren Füßen. Für den Fortbestand und Ausbau dieses Angebotes machen sich die Grünen im Rat stark. Diese zukunftssträchtige Wohnform zeichnet sich durch selbstorganisierende und oft auch generationenübergreifende Hausgemeinschaften aus.

Beratungen zum Thema Wohnen im Alter sind an verschiedenen Stellen (städtische Seniorenberatung, Pflegedienste, Wohnungsunternehmen) integriert. Seit kurzem versucht das Senioren-Servicebüro vor allem ein Mehr an Transparenz über die teilweise äußerst undurchsichtige miet- und leistungsrechtliche Situation der Wohnungsangebote zu bringen.

Wir stimmen für ein dauerhaftes Beratungsangebot für

- Wohnanpassung
- Vermittlungstätigkeiten
- Umzugshilfen
- Probewohnen und ähnliche unterstützende Maßnahmen.

Pflegebedürftige alte Menschen werden überwiegend von Angehörigen gepflegt. Diese brauchen zu ihrer Entlastung unterstützende Angebote. Vor allem müssen ausreichend Kurzzeitpflegeplätze zur Verfügung stehen, um zum Beispiel den Pflegenden Urlaub zu ermöglichen. Deshalb fordern wir ausreichende Kurzzeitpflegeplätze und weitere Tagespflegeplätze.

Von der zunehmenden Armut in unserem reichen Land sind oft alte Menschen, insbesondere Frauen und viele MigrantInnen betroffen. Eine grüne Forderung ist, deren wirtschaftliche Lage im Rahmen einer Hilfeplanung zu beleuchten und gegebenenfalls die Angebote an Beratungs- und Begegnungsstätten, an Freizeit- und kulturellen Aktivitäten zu verbessern.

Menschen mit Behinderung

GRÜNE Kommunalpolitik setzt sich dafür ein, dass alle Menschen am öffentlichen Leben teilhaben können. Menschliche, strukturelle und bauliche Barrieren, die ihr Leben behindern, sind zu beseitigen. Die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen fängt häufig schon beim Wohnen an. Betreute Wohnangebote müssen verstärkt gefördert werden, um geistig, psychisch und/oder körperlich behinderten Menschen ein selbstbestimmtes Leben – notfalls mit erforderlicher Unterstützung – jenseits von Heimen und Anstalten zu ermöglichen.

Darum fordern wir:

- die Beachtung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen bei Bau- und Planungsmaßnahmen. Beim Umbau der Fußgängerzone sind bspw. die Bedürfnisse von Menschen mit Gehbehinderungen und von Rollstuhlfahrenden nicht berücksichtigt worden. Voraussetzung für die Verwirklichung der Gleichstellung ist die Beteiligung betroffener Menschen an Planungs- und Entscheidungsprozessen, insbesondere bei kommunalen Bauvorhaben und Gebäuden in öffentlicher Trägerschaft. Dies soll durch die Einbeziehung von Selbstorganisationen wie Stolperstein e.V. und durch den Behindertenbeirat geschehen. Die Arbeit und Vorschläge des Behindertenbeirates wollen wir auch weiterhin unterstützen
- die Kontakt- und Beratungsstelle KIBIS leistet eine wichtige Arbeit zur Unterstützung der Selbstorganisation von Betroffenen. Eine finanzielle Absicherung der Arbeit von KIBIS und der Selbsthilfegruppen durch die Stadt muss gesichert bleiben
- wir setzen uns für Bordsteinabsenkungen an allen Kreuzungen ein. Dies nützt auch RadfahrerInnen und Menschen mit Einkaufshilfen und Kinderwagen. Die Ausrüstung von Ampelanlagen mit Signalton für Blinde ist ein Erfolg entsprechender Anträge der GRÜNEN Ratsfraktion
- im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs wird unser Augenmerk auch in Zukunft darauf liegen, dass das Netz der barrierefreien Bushaltestellen weiter ausgebaut werden wird

- Die Bemühungen um Integration/Inklusion von behinderten oder von Behinderung bedrohten Kindern in Kindergärten und Schulen müssen massiv verstärkt werden. Wir brauchen mehr integrative Gruppen in Kindertagesstätten. Zur Verwirklichung des Rechtes auf inklusive Beschulung gibt es einen großen Nachholbedarf in Grund- und weiterführenden Schulen in Hildesheim. Sinnvoll sind hier feste Angebote unabhängig von aktuellen Einzelintegrationsmaßnahmen, damit Eltern wissen, wohin sie sich wenden können. Für das Förderzentrum Bockfeld halten wir v.a. die Sicherstellung der personellen Kontinuität im Bereich des nicht-schulischen Personals durch Umwandlung befristeter Verträge für erforderlich, sowie die Sicherstellung eines ausreichenden Angebotes an Plätzen in der Tagesstätte.
- DIE GRÜNEN werden sich im Rahmen der Kindertagesstätten- und der Schulbedarfsplanung für ein Konzept der Inklusion einsetzen.

MigrantInnen und Flüchtlinge

Gleichberechtigtes Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten zu fördern ist eine Querschnittsaufgabe, die sich in den verschiedenen kommunalen Handlungsfeldern widerspiegeln muss.

Abhängig vom jeweiligen Aufenthaltsstatus sind die Lebensverhältnisse für Menschen mit nichtdeutscher Herkunft sehr unterschiedlich. Während für Flüchtlinge die Frage der Aufenthaltssicherung im Vordergrund steht und die Ausgrenzung und Diskriminierung aufgrund von Sondergesetzen am stärksten ist, stehen für MigrantInnen mit gesichertem Aufenthaltsstatus häufig Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt im Vordergrund.

Gegen Rassismus und Ausgrenzung

Die entscheidenden Weichen in der Flüchtlingspolitik werden in Berlin und Hannover gestellt. Trotz geringer eigener Handlungsspielräume haben jedoch auch die Kommunen den Auftrag, Flüchtlingspolitik human zu gestalten.

Konkret heißt das:

- auch Menschen mit ungesichertem Aufenthalt haben das Recht, in einer dezentralen Wohnung zu leben. Durch den Rückgang der Flüchtlingszahlen wurden die meisten Flüchtlingswohnheime in Hildesheim geschlossen. Zuletzt haben wir uns für die Schließung des Wohnheimes am Philosophenweg eingesetzt. Wir wollen, dass alle das Recht haben in einer Wohnung zu leben. Damit verhindern wir auch die Konzentration von Flüchtlingskindern in einer Schule. Die derzeitige Praxis, auch in der städtischen Obdachlosenunterkunft Flüchtlinge unterzubringen, lehnen wir ab
- ein weiteres Integrationshemmnis ist die Ausgabe von Gutscheinen statt Bargeld nach Asylbewerberleistungsgesetz. Der Rat der Stadt Hildesheim hat auf Antrag von uns, dem sich die anderen Parteien angeschlossen haben, entschieden, auf die diskriminierende und das Leben erschwerende Gutscheinpraxis zu verzichten, die zudem die Stadt zusätzliche Mittel kostet. Das Land regiert hier jedoch rigide gegen die Freiheit der Kommunen

und zwingt - anders als in anderen Bundesländern - zur Gutscheivergabe. Daher werden wir auch weiterhin den Umtausch in Bargeld als Zeichen von Zivilcourage und praktischer Solidarität unterstützen

- die ohnehin geringen kommunalen Handlungsspielräume bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen, Aufenthaltsverfestigungen, Familiennachzügen und Bleiberechtsregelungen sollen mit Wohlwollen gegenüber den Betroffenen genutzt werden
- Flüchtlinge sind Menschen, die aus Kriegs- und Krisengebieten kommen, Folter und Verfolgung erlebt haben. Gerade aufgrund dieses traumatischen Hintergrundes und der Entwurzelung durch das Leben im Exil ist eine angemessene soziale und psychosoziale Beratung notwendig. Die Arbeit des Asyl e.V. und des Internationalen Frauentreffs ist auch mit kommunalen Mitteln zu unterstützen.

Integration muss gewollt, geplant und gefördert werden

Integration im Sinne einer wirklich gleichen Chance zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben muss selbst für manche Deutsche erst erstritten werden, seien es eingebürgerte AusländerInnen, Sinti oder AussiedlerInnen. Dies ist auch eine bildungspolitische Aufgabe.

Es gibt in Hildesheim viele Initiativen und Vereine und noch mehr ehrenamtliches Engagement von MigrantInnen z.B. als IntegrationslotsInnen. Dieses Engagement muss entsprechend gewürdigt, gefördert und unterstützt werden. IntegrationslotsInnen als eine Säule des Integrationskonzeptes in Hildesheim müssen ein angemessenes Honorar erhalten.

Im Rahmen einer Sozialplanung zur interkulturellen Öffnung der Regeldienste sind alle Beratungs- und Versorgungsangebote daraufhin zu überprüfen, ob sie auch von MigrantInnen in Anspruch genommen werden können, wie die Inanspruchnahme verbessert werden kann oder inwieweit spezielle Angebote erforderlich sind. Bei Neueinstellungen und der Vergabe von Ausbildungsplätzen in der Verwaltung und in städtischen Einrichtungen ist eine Erhöhung des MigrantInnenanteils unter den Beschäftigten als eine Zielvorgabe aufzunehmen.

Demokratie braucht politische Teilhabe aller

Während EU-AusländerInnen selbstverständlich bei den Kommunalwahlen mitmachen können, bleiben Nicht- EU- Ausländer, auch wenn sie seit vielen Jahren hier leben, von den Wahlen ausgeschlossen. Dies können wir vor Ort leider nicht verändern. Daher müssen wir andere Wege für die politische Teilhabe von MigrantInnen entwickeln. Integrationsräte wie in Göttingen sind dafür ein Vorbild. Entscheidend ist, dass ihre Interessen in die Ratsgremien eingebracht werden können und dort im Rahmen der politischen Beratungen berücksichtigt werden.

Nordumgehung

Keine Nordumgehung mit uns

Die vierspurige Umgehungsstraße, die Himmelsthür zwischen dem Anschluss an die B1 im Westen und der Mastbergstraße im Osten nördlich umfahren soll, ist seit Jahrzehnten in Planung. Sie würde das neue Naturschutzgebiet „Lange Dreisch und Osterberg“ (den alten Standortübungsplatz) durchschneiden, wertvollste Natur zerstören oder erheblich beeinträchtigen, Himmelsthür vom Erholungsgebiet vor der Haustür abschneiden und den Norden des Ortsteils verlärmern.

Was dieses Projekt nicht erreicht – die Entlastung der Innenstadt:

Der Kfz Verkehr ist hier zu über 90 % hausgemacht, steuert also Ziele in Hildesheim an oder kommt von dort. Der Anteil des Durchgangsverkehrs ist so gering, dass selbst seine vollständige Verlagerung auf eine Umgehungsstraße keine in der Innenstadt spürbare Entlastung brächte.

Die Verkehrsdichte in der Hildesheimer Innenstadt ist heute eher geringer als von den PlanerInnen in einem Szenario mit Nordumgehung für das Jahr 2010 prognostiziert. Das gilt für die Kaiserstraße und in noch stärkerem Maße für Damm- und Schuhstraße. Ein Grund dafür ist, dass der nach Hildesheim einströmende Verkehr abgenommen hat. Heute fahren auf der B1 westlich von Hildesheim weniger Autos als 1995.

Das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg erklärte den Planfeststellungsbeschluss für rechtswidrig. Leider hält das weder Verwaltung noch Politik in Hildesheim davon ab, die Pläne weiter zu verfolgen.

Bei zügiger Umsetzung der „Integrierten Verkehrsentwicklungsplanung 2025“ würde das Hildesheimer Stadtgebiet um 41.000 Fahrten pro Tag entlastet, also um ein Vielfaches des gesamten Durchgangsverkehrs. Diese Fahrten würden tatsächlich vermieden und nicht nur via Nordumgehung ins Umland verlagert.

Die Nordumgehung Himmelsthür ist klimaschädlich, naturzerstörerisch, rechtswidrig, teuer und überflüssig. Denn es gibt Alternativen zum Straßenbau: Das Geld, das für die Nordumgehung nur verschwendet wäre, bringt – in sinnvolle Maßnahmen aus dem Integrierten Verkehrsentwicklungsplan investiert – echte Verkehrsentslastung für eine lebenswerte Innenstadt.

Öffentlicher Personennahverkehr

Der Öffentliche Personennahverkehr, kurz ÖPNV, wird in Hildesheim immer noch stiefmütterlich behandelt. Der Busverkehr ist unattraktiv: am Morgen sind die Busse überfüllt, am Abend sind die Taktzeiten zu weit auseinander und an den Wochenenden durchschauen selbst erfahrene HildesheimerInnen nicht mehr die Linienangebote.

Der Fahrplan ist unübersichtlich, die Versorgung lückenhaft und die ganze Zumutung wird auch noch ständig teurer. Wo der ÖPNV-Knotenpunkt in der Stadt liegt, weiß denn auch keiner so genau. Offiziell ist es der ZOB am Bahnhof, aber der zentrale Umsteigepunkt ist die Schuhstraße.

Die Geringschätzung des Busverkehrs durch CDU und SPD zeigte sich deutlich in den gescheiterten Umbauplänen für den Bahnhof: sie sahen einen minimalen ZOB vor, durch den sich morgens noch der Radverkehr hätte drängeln müssen – ein Kniefall vor den Investoren am Bahnhof, die auf keinen Meter Gebäude verzichten wollten.

Der ÖPNV muss attraktiver, flexibler und billiger werden, damit er als echte Alternative zum Individualverkehr angenommen wird. Das Busbeschleunigungsprogramm war für die CDU nur ein Programm zum Ausbau der Strassen, nun soll es nach dem Motto „Grüne Welle für alle“ wieder zurückgefahren werden – nicht mit uns. Die Streckenführung der Busse muss ebenso überarbeitet werden wie die Fahrpläne, die zwischen Stadtbussen, Regionalbussen und Bahnen abgestimmt werden müssen, um unnötige Wartezeiten zu vermeiden. Das Chaos verschiedener Linienbezeichnungen zu verschiedenen Zeiten ist für Ortsfremde nicht durchschaubar, für Einheimische nur, wenn sie regelmäßige BusbenutzerInnen sind. Der gelegentliche Umstieg auf den Bus ist so nicht attraktiv.

Unsere Forderungen:

- endlich ein zeitgemäßes Park-and-Ride-Konzept für PendlerInnen schaffen
- die Fahrpläne müssen deutlich verbessert und aufeinander abgestimmt werden, um ein reibungsloses Zusammenspiel zwischen Stadtbussen, Regionalbussen, S-Bahn und Bahn sicherzustellen
- ein Tarifverbund für die Region Hildesheim unter Einbeziehung des Großraums Hannover
- ein attraktiver ÖPNV wird von vielen Fahrgästen genutzt und dadurch das Defizit verringert. Weitere Preiserhöhungen auf Kosten der Fahrgäste sind nicht akzeptabel
- die Einführung eines Sozialtickets für Einkommensschwache ist von uns in den Rat eingebracht worden und bisher abgelehnt worden, wir werden es erneut auf die Agenda setzen.

Orts- und Stadtteile

Für eine Stadt der kurzen Wege

Von Einum, Bavenstedt über Nordstadt, Stadtmitte, Moritzberg bis hin nach Sorsum - Hildesheim hat vielfältige Orts- und Stadtteile mit unterschiedlichen Vorzügen und Schönheiten, aber auch gemeinsamen Problemen:

- der motorisierte Verkehr mit Lärm und Luftverschmutzung
- das fehlende Radwegenetz
- die zum Teil ungünstige Taktung der Busse
- die modernisierungsbedürftigen Straßen
- die um ihre Existenz besorgten Schulen und Freizeiteinrichtungen für Jung und Alt.

Um die Lebensqualität der Stadt zu erhalten und zu steigern braucht es ein stimmiges Konzept zur Stadtentwicklung:

- wir unterstützen das Integrierte Verkehrsentwicklungskonzept
- wir wollen in allen Orts- und Stadtteilen aktive Zentren, kurze Wege für Einkauf, Post und Bank, für Kindertagesstätten, Schulen und Freizeiteinrichtungen. Die Schaffung von Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf, die zu Fuß erreichbar sind, sollen aus unserer Sicht ebenso vorangetrieben werden wie die Sicherung der Schulen und Freizeiteinrichtungen
- wir wollen, dass Grünflächen und Naturrefugien in allen Orts- und Stadtteilen erhalten bleiben. Ein Gewerbe- oder Wohnungsbau darf nicht zulasten der letzten grünen Oasen gehen.

Ortsräte

BürgerInnenbeteiligung vor Ort

Hildesheim besteht aus neun Orts- und fünf Stadtteilen. Der größte Unterschied zwischen Orts- und Stadtteilen liegt/lag darin, dass die neun Ortsteile (ca. 40% der Hildesheimer Bevölkerung) seit den siebziger Jahren je einen gewählten Ortsrat als Bürger- und Bürgerinnenvertretung haben. Im Zuge des parteiübergreifenden Wunsches nach mehr Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung wurde mit unserer Unterstützung vom Stadtrat entschieden, dass ab dem 01.11.2011 in allen 14 Orts- und Stadtteilen gleichermaßen Ortsräte eingesetzt werden. Diese werden erstmalig bei der nächsten Kommunalwahl gewählt. Das Land Niedersachsen erweitert ab 01.11.2011 die Zuständigkeiten der Ortsräte. Bedeutende Neuerungen sind: Mögliche Unterhaltung von Schulen und Grünanlagen sowie die Benennung von Straßen.

Wir fordern:

- Ortsräte müssen Anregungen und Beschwerden von Bürgern und Bürgerinnen ernst nehmen und als Handlungsaufträge verstehen
- Stadtrat und Ausschüsse sollen Entscheidungen der Ortsräte zwar respektieren, ihnen aber nicht blind vertrauen. Vielmehr sollen sie zum Wohle der BürgerInnen kritisch hinterfragt werden.

Privatisierung – Re-Kommunalisierung

Privatisierung entpuppt sich mehr und mehr als Augenwischerei. Dies gilt für die Privatisierung von Leistungen der Friedhofspflege oder der Straßenreinigung, für die Ausgliederung der Stadtentwässerung in eine Anstalt öffentlichen Rechts oder die Teilprivatisierung der Stadtwerke-Energieversorgung (EVI).

Die Pläne von CDU und SPD mit ihren Vorhaben eine Ausgliederung von Straßenbeleuchtung und Wirtschaftsförderung haben sich nach konkreter Prüfung als unwirtschaftlich erwiesen. Zudem konnte bis heute eine auch nur teilweise Veräußerung der Hildesheimer Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft (gbg) verhindert werden.

Bei den durchgeführten Privatisierungen bzw. Ausgliederungen aller Art ist es für das Stadtsäckel zu keinem Einspareffekt gekommen. Fiskalische Vorteile erscheinen als eher unbedeutende und wenn, dann nur als kurzfristige Effekte. Dem gegenüber stehen Verschlechterungen bei der kommunalen Daseinsvorsorge und den Arbeitsbedingungen der betroffenen MitarbeiterInnen. Niedrigere Qualitätsstandards und erhöhte Angebotspreise beim privatisierten Produkt sind ebenfalls zu befürchten. Denn zu bedenken bleibt immer, dass Private Steuern zahlen und Gewinne erwirtschaften müssen. Außerdem bedeutet jede Privatisierung einen Verlust an kommunaler Selbstverwaltung. So stellt zum Beispiel die ausgegliederte Stadtentwässerung nichts anderes dar als einen riesigen Schattenhaushalt, auf den Rat und Verwaltung direkt kaum noch Einfluss haben.

Wir Grüne setzen auf Re-Kommunalisierung:

- so ist ernsthaft zu prüfen, inwieweit ein Rückkauf der 25%-Anteile der EVI ermöglicht werden kann; denn durch die Teilprivatisierung gab es zwar eine kurzfristige Haushaltsentlastung, langfristig aber haben sich die zu Gunsten der Stadt jährlich ausgeschütteten Gewinnanteile um mindestens 1 Millionen € vermindert
- ebenfalls kritisch zu prüfen ist das allgemeine Outsourcing der Stadt Hildesheim.

Rechtsextremismus

Gesicht zeigen – nicht nur an Gedenktagen

Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit beginnen bereits vor der eigenen Wohnungstür und haben häufig nichts mit brauner Ideologie zu tun, sondern mit der Angst vor dem Anderssein. Hier muss früh angesetzt werden – schon in Kindertagesstätten und Schulen müssen Verständnis und Toleranz gegenüber dem Anderen gefördert werden und darf Andersartigkeit nicht zum Ventil von Vorurteilen und Aggressionen werden. Integration darf nicht nur in den Institutionen stattfinden, sie muss von einer offenen Gesellschaft gelebt werden. Das heißt auch, dass nicht weggeschaut werden darf, wenn Menschen aufgrund von Nationalität oder Religion beleidigt oder bedroht werden. Die Verhinderung eines breiten rechtsextremen Spektrums ist verknüpft mit einer demokratischen Jugendkultur.

Im Landkreis Hildesheim hat es in den letzten Jahren immer wieder Aktivitäten und Demonstrationen von organisierten Rechtsextremisten gegeben. Anlässlich der Demonstrationen in Hildesheim hat sich ein breites Bündnis aus Kirchen, Vereinen, Verbänden, Parteien, Gewerkschaften und vielen Einzelpersonen dagegen positioniert.

Wir wollen:

- eine Ächtung rechtsradikaler Gesinnungen und Gewalttaten in unserer Gesellschaft
- dass auch der Hildesheimer Stadtrat Verantwortung übernimmt, um rechten Ideologen das Wasser abzugraben
- eine aktive Unterstützung aller gewählten RepräsentantInnen für dieses Anliegen
- die Überprüfung vorhandener Straßennamen und Bezeichnungen von Plätzen, denn Nazisgrößen haben hier nichts zu suchen.

Schule

Die Hildesheimer Schullandschaft hat sich in den letzten fünf Jahren stark verändert. Mit unserer Unterstützung ist es gelungen, dem Elternwillen zu entsprechen und eine neue Integrierte Gesamtschule zu gründen.

Für die Grundschulen gilt für uns weiter: Kurze Beine kurze Wege.

Dies werden wir auch in den kommenden Jahren berücksichtigen; wir dürfen uns aber auch nicht der Realität sinkender SchülerInnenzahlen verschließen. Drohenden Schließungen kann Schule in einem gewissen Maße inhaltlich entgegenwirken, etwa mit der Zusammenlegung von Jahrgangsstufen oder dem Ausbau der Ganztagsbetreuung.

Hier sehen wir Ziele grüner Politik:

- der Ausbau einer echten Ganztagsbetreuung kann gelingen, wenn alle Vereine und Organisationen der Stadt an einem Tisch zusammenkommen und erarbeiten, welchen Teil zu einer sinnvollen Nachmittagsbetreuung sie beitragen können. Ganztagsbetreuung braucht ein ausgewogenes und bezahlbares Mittagessen
- Hildesheim braucht keine Oberschule. Was Hildesheim braucht, ist eine ehrliche Öffnung der Schulen für alle Kinder und Jugendliche ungeachtet der körperlichen Voraussetzungen oder der sozialen Herkunft. Inklusion darf kein Tabu mehr sein in Hildesheim
- ein Schulversuch in Hildesheim: Das Niedersächsische Schulgesetz erlaubt die Einrichtung von Versuchsschulen, um neue pädagogische und organisatorische Konzepte zu erproben. Wir GRÜNEN suchen eine Schule, die bereit ist, neue Wege zu beschreiten. Wir streben einen Schulversuch am Standort Hildesheim an, von der ersten Klasse bis zum Schulabschluss jeglicher Art. Diese Schule könnte Modellcharakter für die Weiterentwicklung der gesamten Schullandschaft der Stadt haben, damit wir endlich und systematisch den Weg zu Inklusion und Integration beschreiten können.

Soziales

Die großen Weichen für die Sozialpolitik werden durch Bundesgesetze gestellt. Dies beinhaltet die Frage der sozialen Grundsicherung ebenso wie z. B. Gesundheitssicherung, Pflege und Arbeitsmarktpolitik. Dennoch werden das soziale Zusammenleben und die praktische Solidarität in den Kommunen organisiert.

Projekte wie „Soziale Stadt“ sind nicht nur städtebauliche Stadtteilerneuerungs-Programme, sondern gestalten auch das soziale Leben in den Stadtteilen. Daher haben wir GRÜNEN uns immer für die „Soziale Stadt“ stark gemacht und im Rat einen Verfügungsfond durchgesetzt. Dieser wurde nun im Rahmen der Sparmaßnahmen von der politischen Mehrheit gestrichen – das ist ein Schritt in die falsche Richtung! Mit wenig Geld kann hier nachhaltig viel für die Menschen in diesen Stadtteilen erreicht werden.

Insbesondere Hildesheimer Nordstadt, Fahrenheit und Drispensedt gehören weiter auf die sozialpolitische Agenda. Jedoch sollen die anderen Stadtteile dadurch nicht aus dem Blickfeld geraten.

Die insgesamt langfristige Absicherung und Sicherstellung einer personellen Kontinuität in den Kinder- und Jugendzentren bzw. Stadtteiltreffs oder auch die Wiedereinrichtung von Streetworker-Stellen ist eine kommunale Aufgabe, der sich die Stadt stellen muss. Der „Broadway“ ist hier ein gelungenes Projekt, das unter keinen Umständen den Sparmaßnahmen zum Opfer fallen darf. Denn investiertes Geld an solchen Stellen bedeutet nachhaltiges Sparen!

Für die soziale und kulturelle Teilhabe derjenigen, die unterhalb der relativen Armutsgrenze leben, müssen kreative Wege gegangen werden. Wir haben wiederholt die Einführung eines Kindersozialpasses vorgeschlagen, der Ermäßigungen z. B. in Museen und Theater vorsieht. Die Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV (analog zum SeniorInnenticket) wird von uns ebenfalls unterstützt. Das eingeführte Bildungspaket der Bundesregierung reicht nicht aus – auch wenn es 10 € für den Fußballverein gibt, fehlt den Eltern das Geld für die notwendige und häufig wechselnde Ausrüstung, Beiträge für die Vereinskasse etc. Das bedeutet, dass die Kommune weiter in der Pflicht ist, flankierende Maßnahmen zu ergreifen – dafür stehen wir ein.

Hildesheim verfügt über ein gut ausgebautes Netz an Beratungsstellen. Die dort von der Stadt übernommenen Aufgaben helfen beim Konsolidieren. Wir wollen dieses Netz zumindest erhalten, mehr noch: erweitern.

Um Arbeitslosen eine unabhängige unterstützende Beratung zu ermöglichen, wollen wir weiterhin einen kommunalen Zuschuss für die Beratungsstelle für Arbeitslose erreichen.

Ebenfalls unterstützen wir die Ausgabe von Essen und Lebensmitteln an MitbürgerInnen ohne entwürdigende Kontrollen.

Sport

Sport ist ein wichtiger Bestandteil eines gesunden Lebens. Sportvereine leisten hier einen wichtigen Beitrag. Sie bieten Platz zum Austausch und haben eine integrative Wirkung.

Vor dem Hintergrund der katastrophalen finanziellen Situation der Stadt müssen wir die Mittel der öffentlichen Zuwendungen auf die Vereine konzentrieren, die zukunftsfähig sind und ein attraktives Angebot für die Menschen vor Ort bereitstellen. Konkret bedeutet das für uns, **dass wir hauptsächlich die Vereine unterstützen wollen, die:**

- eine konzeptionelle Jugend- und Migrationsarbeit anbieten
- sich aktiv in die Gestaltung der Ganztagsbetreuung an Schulen einbringen
- Angebote nach dem Bildungs- und Teilhabepaket machen.

Stadtentwicklung

Fläche ist ein nicht vermehrbares Gut. Diese Binsenweisheit und die damit verbundenen Grenzen des Wachstums müssen die Siedlungspolitik der Stadt bestimmen. Unsere Stadt darf sich nicht auf Kosten der Entwicklungschancen und der Lebensqualität nachfolgender Generationen immer weiter ausdehnen. Die EinwohnerInnenzahl in Hildesheim wird in den nächsten Jahren sinken. Trotzdem haben CDU und SPD in der Vergangenheit immer wieder Baugebiete erschlossen, als wären Fläche von und Nachfrage nach Bauland unendlich.

Grundsätzlich befürworten wir Innenstadtentwicklung vor Ausdehnung der Peripherie.

Überwachung

Immer mehr Kameras an immer mehr Plätzen

Die Überwachung der Gesellschaft nimmt weiter zu, auch in Hildesheim. Der Landesdatenschutzbeauftragte sieht diese Entwicklung mit großer Sorge. Das Anbringen von gesetzlich verpflichtenden Hinweisen, dass eine Überwachung stattfindet, wird oftmals gar nicht oder nur sehr zögerlich umgesetzt. Die Installation der rechtlich vorgeschriebenen Hinweistafeln an PvH und Pelizaeusplatz ist auch auf Druck von uns GRÜNEN geschehen. Obwohl die Stadt rechtlich nicht zuständig ist, haben Appelle, Ausschussanträge und Pressemitteilungen ihre Wirkung gezeigt.

Deshalb:

- werden wir bei jeder einzelnen Maßnahme hinterfragen, welchen Nutzen es hat, die Freiheit auf informationelle Selbstbestimmung einzuschränken
- setzen wir uns weiterhin für einen überwachungsfreien öffentlichen Raum ein.

Umwelt- und Naturschutz

Umwelt- und Naturschutz sind ureigene „grüne Themen“ und ziehen sich wie ein „grüner Faden“ durch unser Wahlprogramm. Neben dem Naturschutz im ursprünglichen Sinne, dem Schutz der heimischen Tier- und Pflanzenwelt, betrifft dieses Thema aber auch viele andere Bereiche unseres Lebens. Auch ein grünes Siedlungs-, Verkehrs- oder Energiekonzept trägt langfristig und ganz nebenbei mit zu verbesserten Umwelt- und Lebensbedingungen bei. Eine regelmäßige Baumpflege soll Baumfällungen überflüssig machen. Hierzu müssen endliche alle Bäume erfasst werden.

VerbraucherInnenberatung

Hildesheim braucht ein professionelles Beratungsangebot

Energiepreiserhöhungen, Dioxin in Nahrungsmitteln oder aggressive Produktvermarktungsstrategien machen deutlich, dass ein professionelles Beratungsangebot dringend notwendig ist. In Hildesheim fehlt es aber am Angebot von Fach- und Einzelberatungen sowie einer kritischen Auseinandersetzung mit der jeweils aktuellen Thematik.

Stattdessen wurde nach Jahren einer vom Hausfrauenbund ehrenamtlich betriebenen und von der Stadt mit etwa 9.500 € pro Jahr geförderten Beratungsstelle seit 2006 eine Infothek mit Broschüren in der Stadtbibliothek eingerichtet.

Wir fordern weiterhin die Einrichtung einer Hildesheimer Zweigstelle der Verbraucherzentrale Niedersachsen mit mindestens zwei Beratungstagen pro Woche. Die VZN ist ein erfahrener Beratungsträger, der auf Basis eines dem Anforderungsprofil einer Großstadt genügenden Potentials hier gut die Beratung durchführen könnte. Zur Sicherstellung der Finanzierung ist die Zusammenarbeit mit dem Landkreis zu suchen.

Verkehr

Wir GRÜNE werden uns auch in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Menschen, die sich umweltschonend fortbewegen wollen – sei es zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem Bus oder per Carsharing –, darin unterstützt und diese Verkehrsmittel, wo es notwendig ist, gegenüber dem Privat-Pkw gestärkt werden.

Wir tun dies, weil auf diesem Weg unterschiedliche wichtige Ziele erreicht werden können:

- die Stadt Hildesheim hat sich im Luftreinhalteplan von 2008 das Ziel gesetzt, die Feinstaubbelastung im Stadtgebiet einzuschränken; dieses Ziel wird ohne eine Verminderung des motorisierten Individualverkehrs nicht umzusetzen sein

- wir setzen uns an vielen Stellen in der Stadt – vor allem in der Innenstadt und an den großen Einfallstraßen – dafür ein, den öffentlichen Raum wieder stärker allen BürgerInnen und nicht nur den Auto fahrenden zugänglich zu machen. Das Beispiel der Steuerwalder Straße zeigt hier in die richtige Richtung
- wir wollen allen BürgerInnen – auch älteren Menschen und Jugendlichen – die Möglichkeit geben, ihre Mobilitätsbedürfnisse zu befriedigen; auch das wird ohne die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs und des Radwegenetzes nicht zu schaffen sein
- die zügige und konsequente Umsetzung des Integrierten Verkehrsentwicklungskonzeptes für alle Stadtteile.

Wohnen

Der Wohnungsmarkt in Hildesheim ist entspannt und gespalten zugleich. Ganz konkret fehlt es an kleinen preiswerten Mietwohnungen, an seniorInnengerechtem Wohnraum und an Möglichkeiten der Umsetzung von neuen Wohnformen. Andererseits stehen viele Standardwohnungen der 50er und 60er Jahre des letzten Jahrhunderts leer.

Die Wohnungspolitik, insbesondere von SPD und CDU, im Rat der Stadt besteht fast ausschließlich aus Hochglanzprojekten beim Stadtumbau und in der überzogenen Ausweisung neuer Bauflächen für Einfamilienhausbebauung in Stadtrandlage. Dies zeigt das Baugebiet „Hohe Rode“ ebenso wie die Steinbergbebauung in Ochtersum oder die Umnutzung von Flächen im Landschaftsschutzgebiet in Neu Hof. Damit verbunden sind ein hohes Kostenrisiko und neue bzw. überflüssige Versiegelung von Naturflächen.

Höchst problematisch, zumindest für die betroffenen Mieter, war der Verkauf von Wohnungen der Stadt und der stadteigenen Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft (gbg) im Fahrenheitsgebiet und in der Nordstadt. Die Folge ist eine schleichende Verdrängung der eher einkommensschwachen BewohnerInnen.

Wir GRÜNE wollen den preiswerten Altbaubestand und den Restbestand an Sozialwohnungen (2%) unbedingt erhalten. Dafür ist und bleibt die gbg unverzichtbar. Sie darf deshalb weder ganz noch teilweise veräußert werden. Es besteht sonst die Gefahr von Mietsteigerungen, MieterInnenverdrängung und Umwandlungsspekulation. Auch als Mittel einer ökologischen Neuorientierung in der Stadtentwicklung sind Baugesellschaften von hohem Wert.

Des Weiteren wollen wir zukünftig in der Wohnungs- und Mietenpolitik für Hildesheim Folgendes erreichen:

- die Erarbeitung eines Wohnraumversorgungskonzeptes. Dies geht nur über die laufende Beobachtung des Wohnungsmarktes und die Einbindung von ExpertInnen durch die Fortführung des „Runden Tisches Wohnen“
- möglichst einen ökologischen Mietspiegel für Hildesheim. Dieser soll MieterInnen vor überzogenen Mietforderungen schützen und helfen, Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden. Auch zur Feststellung der Angemessenheit von Unterbringungskosten kann der Mietspiegel hilfreich sein. Sinnvoll wäre hier eine Kooperation mit dem Landkreis

- eine Erhöhung der Anzahl von Sozialwohnungen
- eine verstärkte Beratung und Förderung von gemeinschaftlich organisierten, auch generationenübergreifenden Wohnprojekten
- eine möglichst dezentrale Unterbringung von Obdachlosen und Flüchtlingen in Wohnungen statt zentral in Wohnheimen. Letzteres behindert nicht nur die Integration der Menschen, sondern ist zudem extrem teuer
- die Gewinnung von Wohnraum im Bestand durch ein Wohnungstauschprogramm, insbesondere gedacht als Unterstützung für umzugswillige ältere und alleinstehende Personen. Dies hilft auch dem Generationenwechsel in den Eigenheimquartieren der 50er und 60er Jahre.

Ökologische Zielsetzungen sind in der Wohnungspolitik zunehmend wichtig. Sowohl im Wohnungsbau als auch bei öffentlichen Gebäuden kann das hohe Energieeinsparpotential helfen, nachhaltig Kosten zu reduzieren. Zum Erkennen dieses Potenzials wäre vor Ort der Ausbau von Energieberatung, eine kommunale Förderung von ökologischem Bauen oder die Erstellung eines Heizkostenspiegels sinnvoll. Eine Verbesserung zum Beispiel an Wärmedämmung und Heizungsanlagen hilft den MieterInnen, den EigentümerInnen, der Bauwirtschaft und nicht zuletzt der Umwelt.

Zuckerhut

Denkmalpflege oder der Weg zu einem modernen Stadtbild?

Als in den 1980er Jahren der Hildesheimer Markplatz rekonstruiert wurde, hat die Fachwelt dieses Projekt äußerst skeptisch verfolgt. Die Rekonstruktion historischer Gebäude ist denkmalpflegerisch jedenfalls sehr umstritten, wenn sie denn überhaupt als Denkmalpflege zu bezeichnen ist. Am Markplatz ist es gut gegangen. Das Ensemble rekonstruierter Gebäude und Fassaden steht für sich und bildet inmitten der Innenstadt ein schönes Abbild des „alten Hildesheims“.

Am Andreasplatz fanden wir bis vor kurzem das „neue Hildesheim“ - eine von den Anfängen einer jungen Republik geprägte Architektur, ein Stück Zeitgeschichte, das es verdient der Nachwelt erhalten zu bleiben.

Mit der Rekonstruktion des Zuckerhuts wird mehr als nur das Fachwerkgebäude selbst umgestülpt. Hier entstand ein kurioses neues Stadtbild. Der Wunsch nach einem historischen Stück Hildesheim hat ein echtes Stück Zeitgeschichte und das Stadtbild am Andreasplatz stark beeinträchtigt.

Mit dem Neubau des Museums, dem Neubau der HAWK am Goschentor oder mit der Arnekgalerie geht die Stadt Hildesheim einen ganz anderen Weg, hin zu einer modernen Architektur in einem modernen Stadtbild. Solche Projekte bedürfen der öffentlichen und kontroversen Diskussion, die auch, wie beim Bahnhof, zu einer Ablehnung führen kann.

Beim Zuckerhut fand diese öffentliche Auseinandersetzung (vielleicht auch aus Angst, die Generation, die sich noch an das Original erinnert, nicht vor den Kopf zu stoßen) nur hinter vorgehaltener Hand statt. Das Ergebnis ist und bleibt umso zweifelhafter und dürfte selbst Zeitzeugen des Originals enttäuschen. Denkmalpflege ist dies nicht; die hat zur Aufgabe, bestehende und erhaltenswerte Gebäude und Stadtbilder zu schützen. Was am Andreasplatz geschehen ist, kann allenfalls als eine Art „neuer Historismus“ bezeichnet werden.

Die Rekonstruktion des umgestülpten Zuckerhuts steht im starken Gegensatz zu den anderen großen städtebaulichen Veränderungen, die in Hildesheim stattfinden und die zum Ziel haben sollten, möglichst im Einklang mit bestehenden Strukturen, das Stadtbild zu erneuern und stetig zu modernisieren.

Bei der Gestaltung unserer Stadt sollte ein Stadtbild geschaffen werden, mit dem sich die jetzige, aber auch zukünftige Generationen identifizieren können. Für den kleinen Zuckerhut ist diese Aufgabe aber zu groß.

Unser Standpunkt:

- keine weiteren Rekonstruktionen von historischen Gebäuden oder Fassaden in Hildesheim
- keine Folgefinanzierung solcher Projekte durch die Stadt Hildesheim. Für die Anbindung des Pfeilerhauses an den umgestülpten Zuckerhut und eine eventuelle Fassadenrekonstruktion des Pfeilerhauses fordern die Initiatoren des Zuckerhutprojekts die Unterstützung der Stadt. Das lehnen wir ab.

Besuchen Sie uns!

Das Büro von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN finden Sie in Hildesheim, Am Ratsbauhof 1c.
Sie können sich jedoch auch gern per E-Mail an uns wenden: buero-hi@gruene-hildesheim.de
oder telefonisch an 05121/36752

Hier erfahren Sie mehr:

Näheres zur Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN finden Sie im Internet, z.B. unter

www.gruene-hildesheim.de

www.facebook.de/HIgruen

www.gruene.de